

**„Wie wir von
1983–1987 für
die Bürger in
Rheinland-Pfalz
Politik machen
wollen.“**

**Und plötzlich ist
Mainz ganz nah.**

SPD

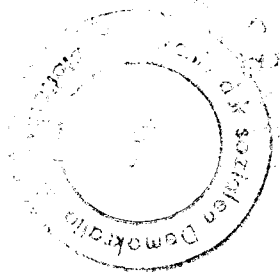




**Unser
Landtagswahlprogramm
ist ein Programm
von Bürgern für Bürger**

Beschlossen vom
außerordentlichen
Landesparteitag
am 13. November 1982

Hugo Brandt, MdB
Kandidat für das Amt
des Ministerpräsidenten
von Rheinland-Pfalz



A87-4959

Herausgeber:

Sozialdemokratische Partei Deutschlands, Landesverband Rheinland-Pfalz
Telefon (0 61 31) 67 60 31, Josefsstraße 43, 6500 Mainz 1



»Wie wir von
1983–1987 für
die Bürger in
Rheinland-Pfalz
Politik machen
wollen.«

Wir wollen den Frieden wahren — nach Außen und im Innern

1. **Den Frieden in Freiheit zu sichern ist die oberste Aufgabe der Sozialdemokratie.** Verständigung und Entspannung sind Pflicht und Anliegen zugleich. Durch Verträge muß der internationale Interessenausgleich gesucht und gesichert werden. Grundlagen dieser Politik sind für uns Sozialdemokraten die Verankerung der Bundesrepublik Deutschland in der Europäischen Gemeinschaft und die Bindung an das Atlantische Bündnis als gleichberechtigter und souveräner Partner.
2. In der Welt, in Europa und in Deutschland, stehen sich hochgerüstete Militärblöcke gegenüber. Die Furcht vor der militärischen Überlegenheit des jeweils anderen hat zu einem Rüstungswettlauf geführt, der bisher nicht aufgehalten werden konnte.

Atomare und konventionelle Bewaffnung müssen durch Verträge abgebaut werden. Bis dahin soll ein **militärisches Gleichgewicht auf möglichst niedriger Ebene** angestrebt und auf der Grundlage von Verträgen kontrolliert werden.

Wir rheinland-pfälzischen Sozialdemokraten halten es für lebensnotwendig, daß **biologische und chemische Waffen geächtet** werden. Wir fordern ein Verbot der Forschung, Entwicklung, Produktion und Lagerung dieser Kampfstoffe sowie die Vernichtung aller vorhandenen Bestände. Die SPD unterstützt die Bemühungen um eine **sofortige Auflösung der Giftgaslager in Rheinland-Pfalz.**

Sie tritt dafür ein, daß alle Waffenlager in Rheinland-Pfalz als Ergebnis von Verhandlungen der Großmächte aufgelöst oder zumindest erheblich vermindert werden können.

Betroffene Arbeitnehmer müssen durch Maßnahmen regionaler Umstrukturierung neue Arbeitsplätze erhalten.

3. **Innerer Frieden setzt sozialen Frieden voraus.** Arbeitslosigkeit ist eine Gefahr für die Arbeitnehmer und ihre Familien. Sie belastet die gesamte Gesellschaft. **Die Sicherung der Arbeitsplätze und eines hohen Beschäftigungsstandes sind deshalb zentrale Aufgaben.**

Wir wissen, daß die Sicherung der bestehenden und die Schaffung neuer Arbeitsplätze in hohem Maße von Einflüssen abhängig sind, die nicht allein von Rheinland-Pfalz zu bestimmen sind. Dennoch kann und muß das Land zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit beitragen. Der spürbar gewordene Strukturwandel ist durch eine aktive Wirtschaftspolitik mit dem Ziel der Vollbeschäftigung zu steuern und zu fördern. Der Markt allein kann diese Aufgabe nicht lösen.

Wettbewerbsnachteile von Klein- und Mittelbetrieben, insbesondere der Zuwachsbranchen, des Handwerks und des Fremdenverkehrs sind durch gezielte öffentliche Hilfen zu beseitigen.

Gerade die schwach entwickelten Regionen können ohne wirksame Strukturpolitik ihre Benachteiligung nicht ausgleichen und die erforderliche Zahl von Arbeitsplätzen anbieten.

4. **Die großen Herausforderungen der Arbeitswelt** — technischer Wandel, Automation und Rationalisierung — können wir nur bewältigen, wenn der Mensch im Mittelpunkt der Problemlösung steht. Es dient deshalb unserer Volkswirtschaft und dem sozialen Frieden, wenn **die Arbeitnehmer und ihre Gewerkschaften** diese Entwicklungen und Entscheidungen **mitbestimmen**. Nur so kann verhindert werden, daß der technische Wandel selbst zur Ursache von Massenarbeitslosigkeit wird.

Im Bundesrat werden sich die rheinland-pfälzischen Sozialdemokraten **für eine bundesweite Ausdehnung der Mitbestimmung** hin zur vollen Parität einsetzen. Tarifvertraglich vereinbarte Mitbestimmungsrechte werden unsere Unterstützung finden.

Mitbestimmung dient der Demokratisierung des Lebens. Vermögensbildung in Arbeitnehmerhand, d. h. deren Beteiligung am Produktionskapital im Rahmen von Tariffonds ist nach unserer Auffassung eine notwendige Ergänzung.

5. Unsere wirtschaftliche und soziale Entwicklung ist eng verbunden mit den Entscheidungen in der **Energiepolitik**. Die Sozialdemokraten in Rheinland-Pfalz fordern deshalb:

- Alle **Möglichkeiten des Energiesparens** müssen genutzt werden. Land, Kreise und Kommunen sollten mit gutem Beispiel vorangehen.
- Die **Fernwärmeversorgung** ist zügig voranzutreiben, wo immer dies möglich und wirtschaftlich vertretbar ist.
- Vor allem in Ballungsgebieten ist die Nutzung der Abwärme und die Kraft-Wärme-Kopplung zu verwirklichen.

Nicht alle praktischen Lösungen drängender umwelt- und energiepolitischer Fragen werden sofort durchsetzbar sein. Gerade deswegen werden wir Sozialdemokraten im Dialog mit allen wichtigen gesellschaftlichen Gruppen, den Gewerkschaften, den Umweltschutzverbänden, den Bürgerinitiativen, der Industrie und auch mit den Kirchen nach Konsens suchen, um zu erreichen, daß die Umwelt- und Energieprobleme dieser Gesellschaft gelöst werden können.

6. Soweit ein **zusätzlicher Bedarf an Strom** erkennbar ist, soll er vorwiegend **durch Kohlekraftwerke** gedeckt werden. Diese sind nach dem neuesten Stand der Technik auszurüsten, um die Emissionen zu reduzieren (z. B. Rauchgasentschwefelung). Die gesetzlichen Vorschriften (TA-Luft neu) sind als Mindestanforderungen anzusehen. Dies gilt auch für vorhandene Anlagen.

Alternative Stromerzeugung (z. B. Sonnen-, Wind- und Wasserenergie) muß weiter erprobt und unterstützt werden.

Die weitere **Nutzung der Kernenergie** ist zum einen **abhängig von der energiepolitischen Entwicklung**, insbesondere von Erfolgen bei der rationelleren Verwendung von Energie; von verstärktem Einsatz von Kohle, vor allem bei der Wärme-

Kraft-Kopplung; von der Entwicklung alternativer Energiequellen. **Ohne die Lösung der Entsorgungsfragen** darf es zweitens **nach 1990 keine weitere Nutzung der Kernenergie** geben.

Der geplante Bau einer **Wiederaufbereitungsanlage** wirft energiewirtschaftliche, sicherheitstechnische und politische Fragen auf, die heute ungelöst sind. **Ohne Klärung aller noch offenen Fragen, vor allem der gesicherten Endlagerung, lehnen wir Sozialdemokraten den Bau einer Wiederaufbereitungsanlage ab.**

7. Bei der **Wahrung des inneren Friedens** haben Polizei und Gerichte wichtige Aufgaben. Die Sozialdemokraten in Rheinland-Pfalz werden die Polizei bei der Erfüllung ihres Auftrages voll unterstützen. Organisation sowie personelle und sachliche Ausstattung müssen die Polizei in die Lage versetzen, ihrer Aufgabe gerecht zu werden. Dabei ist auf eine gleichwertige Ausstattung von Städten und Landkreisen zu achten. Politische Konflikte dürfen nicht auf dem Rücken der Beamten ausgetragen werden.

Die Sozialdemokraten in Rheinland-Pfalz lehnen die Anwendung von Gewalt als Mittel der politischen und gesellschaftlichen Auseinandersetzung ab. Staatliche Gewalt darf nur von den dafür ermächtigten Stellen auf der Grundlage der strikten Einhaltung der Gesetze angewandt werden.

Die mangelhafte personelle und sachliche Ausstattung der **Gerichte** führt zu deren Überlastung, insbesondere in vielen Fällen zu **Verfahrensdauern, die für den rechtssuchenden Bürger unerträglich sind.** Erforderlich ist deshalb der Ausbau der Justiz. Dem Ansinnen, Verfahrensvorschriften zu ungunsten der Rechtsposition des Bürgers zu ändern, treten wir Sozialdemokraten entschlossen entgegen.

Ein wichtiges Ziel sozialdemokratischer Rechtspolitik in Rheinland-Pfalz ist die Verbesserung des Strafvollzugs, denn zur Zeit ist sinnvoller Strafvollzug in Rheinland-Pfalz praktisch nicht möglich: Die Strafvollzugsanstalten sind überbelegt, die Möglichkeiten zur Resozialisierung sind begrenzt.

8. Die Überprüfung von **Bewerbern für den öffentlichen Dienst** ist nur zu verantworten, wenn es um die Besetzung von sicherheitsempfindlichen Funktionen geht. Eine **allgemeine Regelanfrage** bei den Verfassungsschutzbehörden **findet nicht statt**. Einen weiteren Ausbau des polizeilichen Überwachungsapparates im Bereich der Datensammlung lehnen wir ab.
9. Der innere Frieden wird auch bestimmt vom **Verhältnis zu den ausländischen Mitbürgern**. Die Sozialdemokraten in Rheinland-Pfalz bekennen sich zum Angebot der Integration der hier lebenden Ausländer. Sie wehren sich jedoch gegen alle Bestrebungen, den seit 1973 bestehenden Anwerbestop zu lockern und gegen alle Versuche, ihn zu umgehen.

Den seit längerer Zeit hier lebenden Ausländern steht eine gesicherte Rechtsposition zu. Dazu gehört die Möglichkeit der erleichterten Einbürgerung ebenso wie die Verstetigung des Aufenthaltsrechts.

Der politische Extremismus von Ausländern ist eine der Ursachen der Ausländerfeindlichkeit. Extremistische Gruppierungen sind daher zu verbieten und ihre Aktivitäten zu unterbinden; gleiches gilt für rechtsradikale Bestrebungen, die zudem Ausländerhass erzeugen und schüren.

Arbeit schaffen – für alle

1. **Arbeit schafft die wirtschaftlichen, sozialen und finanziellen Grundlagen** des Lebens für jeden Einzelnen, die Familien und die Gesellschaft. Arbeitslosigkeit bedroht die wirtschaftliche Grundlage der Familien und somit den sozialen Frieden. Zunehmende Arbeitslosigkeit der jungen Menschen ist für den Einzelnen und die Gesellschaft die schwerste Belastung der Zukunft.
2. **Wir wollen Arbeitslosigkeit wirksam bekämpfen.** Das setzt eine gründliche Kenntnis ihrer Ursachen voraus:
 - Wir stehen in einem **tiefgreifenden Strukturwandel der Arbeitswelt**. Technischer Wandel, Rationalisierung und Automation machen es möglich, daß immer mehr produziert wird, dafür aber immer weniger Arbeitskräfte benötigt werden. **Deshalb muß die vorhandene Arbeit gerechter verteilt werden.** Die Sozialdemokraten in Rheinland-Pfalz werden sich für eine Verkürzung der Arbeitszeit einsetzen.
 - in den nächsten Jahren werden zahlenmäßig schwache Jahrgänge aus dem Arbeitsleben ausscheiden, aber **geburtstarke Jahrgänge verlassen die Schulen und Ausbildungsstätten**. Sie suchen nach einem Weg ins Berufsleben. Ohne Veränderung der Arbeitswelt werden wir in den nächsten fünf Jahren allein aus diesem Grund etwa 1 Million Arbeitsplätze in der Bundesrepublik mehr brauchen.

Alle Maßnahmen müssen angesichts der unterschiedlichen Ursachen **zu einem abgestimmten und gemeinschaftlichen Handeln** zusammengefaßt werden. Vorgeblich einfache Wege und scheinbare Patentrezepte werden der Aufgabe nicht gerecht.

Der Staat muß **aktive Wirtschaftspolitik** betreiben, um gemeinsam mit Arbeitnehmern und Arbeitgebern die Rahmenbedingungen für Vollbeschäftigung zu schaffen.

Soziale Leistungen sollen gesichert und auf diejenigen Bürger konzentriert werden, die auf sozialen Ausgleich wirklich angewiesen sind (z. B. durch Schaffung von **Einkommengrenzen**). Jeder allgemeine Abbau von sozialen Leistungen wird von uns abgelehnt, weil er sozial ungerecht ist und wegen der Kürzung der Nachfrage in hohem Maße auch wirtschaftlich schädlich wirkt.

Würde der Staat nicht mehr aktiv ins Wirtschaftsgeschehen eingreifen, sich zurückziehen und dabei gleichzeitig auch noch soziale Leistungen abbauen, dann wären wirtschaftliche und soziale Probleme nicht gelöst, sondern verstärkt.

Weiteres undifferenziertes Wachstum stößt auf Grenzen, vor allem im Bereich der Erhaltung der Umwelt, es verschärft die risikoreiche Abhängigkeit vom Erdöl und es führt zu wachsenden Belastungen der Arbeitnehmer in der Arbeitswelt. Wir brauchen neue Technologien, neue Bautätigkeit und auch neue Industrieanlagen für die Sicherung unserer Zukunft und für mehr Lebensqualität.

Wir Sozialdemokraten wollen qualitatives Wachstum in praktischer Politik verwirklichen.

4. Bei der **Verkürzung der Arbeitszeit** stehen alle Möglichkeiten zur Diskussion: Verkürzung der Lebensarbeitszeit, der Jahresarbeitszeit und der Wochenarbeitszeit.

Das Angebot an Teilzeitarbeitsplätzen muß für solche Personen ausgebaut werden, die nur Teilzeitarbeit suchen und soll nicht zu einer Verminderung der Vollzeitarbeitsplätze führen. Den Gruppen der Gesellschaft, die durch Arbeitslosigkeit besonders betroffen sind, wollen wir verstärkt helfen: durch konzentrierte Vermittlungsbemühungen, mehr Berufs- und Ausbildungsberatung und durch bessere Berufsqualifikationen.

5. Viele **Arbeitsplätze** hängen unmittelbar von dem **Umfang** und der **Qualität öffentlicher Investitionen** ab. Deshalb wollen wir stärkere öffentliche Investitionen in den Bereichen, die eine menschliche Zukunft sichern helfen.

Ein Beispiel dafür ist unser Ziel, den Bau von sinnvollen **Ortsumgehungen** zu forcieren und in den Wohngebieten Maßnahmen zur **Verkehrsberuhigung** sowie den **Radwegbau** zu fördern. Das dient auch der Verbesserung des Wohnumfeldes und macht das Wohnen in den Ortskernen und Innenstädten für Familien mit Kindern wieder attraktiv. Wie andere Bundesländer soll auch das Land Rheinland-Pfalz einen finanziellen Beitrag zur Realisierung solcher Maßnahmen leisten.

Auch **Gemeinschaftseinrichtungen müssen** auf dem Lande **ohne unzumutbar weite Wege erreichbar sein**. Dies gilt insbesondere für **Schulen, Krankenhäuser, berufliche Bildungseinrichtungen** und **Verwaltungen**, die der Bürger häufig aufsuchen muß.

6. Die Politik setzt den privaten Investitionen einen Rahmen. In den vergangenen Jahren hat es zahlreiche Erleichterungen für private Investitionen gegeben.

Lebensqualität und Arbeitsplätze hängen im erheblichen Umfang auch von öffentlichen Dienstleistungen und Investitionen ab. Deshalb wollen wir die Tätigkeit der öffentlichen Hände überall dort stärken, wo sie hilft, eine menschliche Zukunft zu sichern. Während der Bedarf an Konsumgütern teilweise stagniert, besteht eine verstärkte Notwendigkeit

- an **Fernheizsystemen**, damit die Abwärme von Elektrizitätswerken genutzt werden kann,
- an **umweltfreundlichen Kohlekraftwerken**, damit die Luftverschmutzung durch Schwefeldioxyd gestoppt wird,
- an einer **Förderung der Wärmedämmung**, damit der hohe Energieanteil für die Gebäudeheizung zurückgeht,
- an einer besseren **Abwasseraufbereitung**, damit die Verseuchung des Grundwassers gebremst wird,
- an der Modernisierung von **Bundesbahnstrecken**, damit dieses umweltfreundliche Transportmittel wettbewerbsfähig wird,

- an **preiswerten Wohnungen** in guten Lagen, damit auch Normalverdiener menschenwürdig leben können,
- an **sozialen Diensten** und Einrichtungen für Benachteiligte.

Auf den Feldern der Energieeinsparung, des Umweltschutzes, des Wohnungsbaus und der Wohnungsrenovierung, der Mikroelektronik und des Fremdenverkehrs können auch mittelständische Betriebe konkurrenzfähig sein. Ihre Startchancen sind im Interesse der Erhaltung eines gesunden Wettbewerbs zu verbessern.

Die Arbeitnehmer sind die am meisten Betroffenen beim Einsatz der **Mikroelektronik**. Daher kommt der Erforschung der Anwendungstechniken auch unter dem Gesichtspunkt der Arbeitsplatzsicherheit eine wichtige Bedeutung zu.

Zum **Schutz der mittelständischen Industrie** halten wir es für notwendig, daß ein Garantiefonds zur Abwendung von Folgekonkursen für kleine und mittlere Betriebe geschaffen wird. Die Einführung einer Sammelhaftung für öffentliche Aufträge in der Bauwirtschaft über einen Sicherheitsfonds sollte geprüft werden, um von den zum Teil sehr hohen, die Finanzkraft der Betriebe übersteigenden Sicherheitsleistungen herunterzukommen.

7. Die von Landesregierung und Landtag festgelegten Finanzmittel für die **Regionalförderung** sind nach einem überschaubaren Stufenplan konzentriert einzusetzen. Arbeitsverwaltung, Wirtschaftsförderungsgesellschaften und Tarifparteien werden vorher gehört.
8. Die **Vergabe öffentlicher Mittel für die Schaffung oder die Erhaltung von Arbeitsplätzen ist langfristig zu binden**. Öffentliche Hilfen werden aus Steuergeldern finanziert. Deshalb ist ihre Vergabe vor allem an dem Ziel einer dauerhaften Sicherung von Arbeitsplätzen zu orientieren.

In Rheinland-Pfalz wollen wir außerdem bei der Inanspruchnahme solcher Mittel (Zulagen, Zuschüsse und Bürgschaften) die **Mitbestimmung der Arbeitnehmer durchsetzen**.

Sie vergrößert die für die Entscheidungen wichtigen Informationen, trägt deshalb zu mehr Qualität der Strukturpolitik bei und öffnet den Weg zur gleichberechtigten Beteiligung der Arbeitnehmer bei wirtschaftlichen Entscheidungen.

9. Unterschiedlichen wirtschaftlichen und sozialen Anforderungen in den Regionen des Landes sollen die vorhandenen „Regionalen Planungsgemeinschaften“ Rechnung tragen. **Regionalplanung und Wirtschaftsförderung** müssen besser aufeinander abgestimmt werden. Auch dazu ist neben einer selbständigen, ihre eigene Entwicklung nicht störende Zusammenarbeit der Gemeinden und Landkreise die Beteiligung der Arbeitnehmer und ihrer Gewerkschaften mit Sitz und Stimme in den Planungsgemeinschaften erforderlich.

Es geht also um ein abgestimmtes Zusammenwirken vorhandener Instrumente und deren Ergänzung im Sinne von Mitbestimmung und Mitwirkung aller Betroffenen.

10. Bund und Land haben als öffentliche Arbeitgeber für die Strukturpolitik eines Flächenlandes wie Rheinland-Pfalz eine besondere Bedeutung. Ihre Einrichtungen dürfen nicht nur in Großstädten zusammengefaßt werden, sondern sollen weitestgehend dezentral erhalten bleiben.
11. Auch der **öffentliche Dienst** hat weiterhin seinen **Beitrag zur Verbesserung der Ausbildungs- und Beschäftigungslage** zu leisten. Sein Ausbau kann nur noch dort erfolgen, wo Schwerpunkte öffentlicher Aufgaben neu entstehen oder bisher nur ungenügend wahrgenommen worden sind.

Privatisierungen lösen indessen das Problem nicht und werden von uns abgelehnt.

Neue gesetzliche Aufgaben für den öffentlichen Dienst sind zugleich unter dem Gesichtspunkt der personellen Belastungen zu prüfen.

Der Stellenkegel sollte abgebaut werden durch eine aufgabenorientierte Beförderungs- und Besoldungspraxis.

Beamte sollten künftig nur noch dort eingesetzt werden, wo zweifelsfrei hoheitliche Aufgaben zu erfüllen sind.

Unser Ziel bleibt nach wie vor **ein einheitliches Dienstrecht**.

12. Angesichts der Arbeitslosigkeit ist es ein besonderes Ärgernis, wenn öffentlich Bedienstete in großem Umfang genehmigte Nebentätigkeiten wahrnehmen, die sowohl im öffentlichen als auch insbesondere im privaten Bereich die Anzahl der Arbeitsplätze vermindern.

Dieses Mittel sind in vielen Fällen besser für zusätzliche Stellen einzusetzen. Die öffentlichen Arbeitgeber haben die Pflicht, auf Dauer anfallende Überstunden durch zusätzliche Einstellungen zu beseitigen.

Das Verhältnis Bürger – Staat entscheidet über die Zukunft der Demokratie

1. Wie alle Staaten der Welt steht die Bundesrepublik Deutschland, damit auch Rheinland-Pfalz, mitten in neuen Herausforderungen. Die Überwindung der gegenwärtigen Schwierigkeiten kann nur in gemeinschaftlicher Anstrengung gelingen.

Weder die Abwendung vom Staat, noch die Propagierung und Anwendung von Gewalt, noch der vollständige Rückzug ins Privatleben sind geeignete Wege, gesellschaftliche Probleme zu lösen.

Wir treten für **Toleranz** gegenüber dem Andersdenkenden ein und suchen die Diskussion mit den Bürgern.

Vor jeder Entscheidung bedarf es der gezielten Aufklärung, der verständlichen Darlegung der Probleme, der Lösungsalternativen, der Zusammenhänge und der voraussichtlichen Folgen möglicher Entscheidungen.

2. Das Wesen der **Demokratie heißt Mitbestimmung**. Nach unserer Auffassung muß Mitbestimmung alle Seiten des gesellschaftlichen Lebens erfassen und darf sich nicht auf bestimmte staatliche Ebenen beschränken. Die Gleichberechtigung der Menschen findet ihre Entsprechung in der Mitbestimmung.

Wir treten deshalb auch für mehr Mitbestimmung in den Verwaltungen (Landespersonalvertretungsgesetz) und bei den Unternehmen ein (Betriebsverfassungsgesetz, paritätische Mitbestimmung).

Mitbestimmung dient der Demokratisierung des Lebens. Vermögensbildung in Arbeitnehmerhand, d. h. deren **Beteiligung am Produktionskapital** (im Rahmen von Tariffonds)

ist nach unserer Auffassung eine notwendige Ergänzung. Zu beiden Bereichen, der Teilnahme am Sagen und am Haben, werden von uns neue Impulse ausgehen.

3. **Demokratie wird in der Gemeinde erfahren.** Dort, wo die Menschen wohnen, arbeiten und ihre Freizeit verbringen.

Grundgesetz und Verfassung garantieren den Gemeinden die umfassende Zuständigkeit für alle Fragen des öffentlichen Lebens. Diese Allzuständigkeit der Gemeinden wird durch ein Übermaß an staatlicher Bürokratie und ortsferne Entscheidungen eingeschränkt.

Es bedarf daher vorrangig der **Stärkung der kommunalen Selbstverwaltung** und einer besseren Finanzausstattung unserer Gemeinden, weil nur so Selbstverwaltung auf Dauer garantiert wird.

4. Der Erfolg kommunaler Selbstverwaltung ist nicht zuletzt abhängig von einer **Stärkung des ehrenamtlichen Elements.** Über die Mitwirkung gewählter Vertreter in den kommunalen Räten und Ausschüssen hinaus bedarf eine lebendige Demokratie der Überzeugung vieler Bürger, daß ihr Engagement Sinn hat. Gerade in den Gemeinden sind wir deshalb auf die **Vielfalt der Vereine und Initiativen** angewiesen, die sich am Wohl der Gemeinschaft orientieren.

Mitarbeit und Mitverwaltung der Bürger in ihren Angelegenheiten wird nur dort gelingen, wo das Ergebnis einer Entscheidung übersehen und kontrolliert werden kann. Es ist daher erforderlich, Gesetze und Vorschriften aufzuheben, die zur Gängelung der Selbstverwaltung dienen. Die Mitarbeit der Bürger in ihren Angelegenheiten darf sich nicht im bürokratischen Dickicht verheddern.

5. Es bedarf einer Fortschreibung der rheinland-pfälzischen Verwaltungsreform: das Verhältnis staatlicher und kommunaler Aufgaben ist zu Gunsten der kommunalen Gebietskörperschaften neu zu ordnen. Aber auch die Aufgabenverteilung zwischen den verschiedenen kommunalen Ebenen bedarf einer **Neuordnung zu Gunsten der Ortsgemeinden.**

In den Ballungsräumen sind die Grundlagen für eine partnerschaftliche Zusammenarbeit zwischen Stadt und Umlandgemeinden zu verbessern. Insbesondere auf dem Gebiet der Bauleit-, Landschafts- und Naherholungsplanung sowie der Wirtschaftsförderung muß aus dem Nebeneinander ein Miteinander werden.

6. Die **Zweckzuweisungen** an Kreise und Gemeinden sollten **in allgemeine, investitionsgebundene Zuweisungen verändert** werden. An die Stelle zahlreicher Zuweisungen zu den verschiedensten Zwecken sollen wenige investitionsgebundene Landeszuweisungen treten, die – ausschließlich am objektiven Bedarf orientiert – den kommunalen Gebietskörperschaften zugeteilt werden.

Die Verwendung von Zuweisungen soll in kommunaler Selbstverwaltung erfolgen. Nur so ist gewährleistet, daß die an der Verwendung von Zuweisungen interessierten Bürger eine Entscheidung nachvollziehen und die Gemeinden die Ziele ihrer Investitionen selbst bestimmen können.

Die im Finanzausgleichgesetz geregelte **Finanzausstattung der kommunalen Gebietskörperschaften muß zu Gunsten der umlageverpflichteten Gemeinden geändert werden**. Zug um Zug mit der Aufgabenneuordnung zu Gunsten der umlageverpflichteten Gebietskörperschaften muß die Umlageberechtigung von Kreis- und Verbandsgemeinden der Höhe nach eingeschränkt werden. Ortsgemeinden mit mehr als 5 000 Einwohnern ist die Möglichkeit einzuräumen, in beschränktem Umfang eigenes Verwaltungspersonal zu beschäftigen.

7. Veränderungen im Wahlrecht werden von uns dann befürwortet, wenn sie den Einfluß der Bürger tatsächlich stärken. Unter dieser Voraussetzung streben wir ein **Landeswahlrecht** an, das dem **Wähler die Möglichkeit eröffnet, seinen Abgeordneten zum Landtag direkt zu wählen**. Das gegenwärtige Landeswahlrecht wird diesem Anspruch nicht gerecht. Wir streben daher ein Landeswahlrecht an, daß dem Bundeswahlrecht entspricht.

8. Voraussetzung zu sachgerechter Meinungsbildung und Entscheidungsfindung ist eine umfassende Information. Die Vermittlung dieser Information ist neben Bildung und Unterhaltung die wichtigste Aufgabe von Presse, Funk und Fernsehen.

Die Sozialdemokraten in Rheinland-Pfalz wollen die bestehende und bewährte Medienordnung — privatrechtlich organisierte Presse und öffentlich-rechtlich organisierter Rundfunk — ungeschmälert erhalten. Den **Kommerzfunk lehnen wir ab**. Aufgrund der bisherigen Planungen gilt diese Ablehnung auch für das Kabelpilotprojekt in Ludwigshafen.

Die Versorgung bisher schlecht empfangender Gebiete hat Vorrang vor der Überversorgung neuen Fernsehsystemen.

9. Die Sozialdemokraten in Rheinland-Pfalz halten **innere Reformen der Rundfunkanstalten** für notwendig. Die **Unabhängigkeit** der öffentlich-rechtlichen Anstalten ist zu sichern und die **innere Redaktionsfreiheit** zu gewährleisten.
10. Die **Kabelkommunikation bietet neue Möglichkeiten** der direkten Ansprache, der Information, der Bildung und der Unterhaltung, aber auch des Mißbrauchs. Wir sperren uns nicht gegen die Einführung neuer Informationstechniken, unsere Bedenken gegen deren allgemeine Einführung bestehen jedoch weiter.

Zeitlich befristete und räumlich begrenzte realistische Versuche in öffentlich-rechtlicher Trägerschaft, Programmverantwortung und Programmkontrolle müssen die neuen Möglichkeiten auf ihre Vor- und Nachteile hin untersuchen. Die Nutzung neuer Informations- und Nachrichtentechniken im geschäftlichen und industriellen Bereich bedarf der **genauen Prüfung hinsichtlich der Auswirkungen auf die Arbeitsplätze und auf die Gesellschaft insgesamt**.

11. Wir Sozialdemokraten werden Beratungsstellen für die Anwendung neuer Technologien unterstützen.

Von Gewerkschaften und Unternehmen sollen mit staatlicher Unterstützung Möglichkeiten entwickelt werden, ein-

zelle Unternehmen und Betriebsräte bei technisch-organisatorischen Umstellungen im Betrieb zu beraten. Insbesondere unterstützen wir Betriebsräte und Unternehmen, die mit Vereinbarungen den sozial ausgewogenen Einsatz neuer Technologien regeln.

Denn wir Sozialdemokraten wollen, daß den betroffenen Arbeitnehmern durch den Einsatz neuer Technologien keine Nachteile entstehen.

Die heute lebende Generation hat eine große Verantwortung für die künftigen Generationen

1. Die junge Generation muß auf die tiefgreifenden Veränderungen in Wirtschaft und Gesellschaft vorbereitet werden. Zwischen Beschäftigungs- und Bildungssystem besteht ein enger Zusammenhang. **Bildungspolitik ist eines der wichtigsten Aufgabengebiete des Landes.**

Bessere Bildung bedeutet bessere Berufschancen und damit mehr Sicherheit. Unterrichtsausfall ist Bildungsverweigerung durch das Land. Wir wollen **Chancengleichheit verwirklichen** und eine Schule, die soziale Benachteiligung abbauen hilft. Berufliche und allgemeine Bildung sind für uns gleichwertig. Wir wollen „fördern statt auszulesen.“

2. Die Schulen sind zu enger pädagogischer Zusammenarbeit aufgefordert.

Wir wollen die **Schule** nicht umkrempeln, sondern **im Interesse der Kinder und ihrer Eltern weiterentwickeln**. Dazu ist eine Neuregelung der Lehrerbildung notwendig, die sich an den Schulstufen und nicht an den Schularten orientiert.

Grundschulen sollen mindestens vier Klassen umfassen. Dort, wo unzumutbar lange Schulwege entstehen, ist auch eine kleine Grundschule zu erhalten.

3. Wir wollen das **gemeinsame 5. und 6. Schuljahr** einführen, als schulart-übergreifende Orientierungsstufe sowohl in Hauptschulen als auch in Schulzentren. Das wird den Leistungsdruck von den 9- und 10jährigen Kindern nehmen, die Schulwege vielerorts verkürzen und die Entscheidung über den schulischen Werdegang sicherer machen. Die Kinder verschiedener Herkunft sollen sich länger gemeinsam entwickeln können. Am Ende des 6. Schuljahres sollen dann auf Empfehlung der Lehrer die Eltern ihre Entscheidung über den weiteren Bildungsweg ihrer Kinder treffen, womit oft zugleich der Lebensweg entscheidend geprägt wird.
4. Wir halten die **Gesamtschule** für die beste Möglichkeit, gleiche Bildungschancen und Förderungsmöglichkeiten zu verwirklichen. Sie soll **als gleichberechtigte Schule** dort eingerichtet werden, wo Eltern dies wünschen. **Ganztagschulen** sind ein weiterer Schritt zur Chancengleichheit und im Interesse der Schüler erstrebenswert.
5. **Sonderschulen** sind unentbehrlich und weiterhin zu fördern, dürfen aber nicht zum Abstellgleis für behinderte Schüler werden. Die generelle schulische Trennung von Behinderten und Nichtbehinderten muß überwunden werden. Hierzu sind Sonderschulpädagogen verstärkt in Grund- und Hauptschulen einzusetzen. Die Sonderschulen sind

stärker darauf auszurichten, behinderten Schülern so zu helfen, daß sie in die allgemeinen Schulen zurückkehren können.

6. **Ein 10. Bildungsjahr für alle** und die **flächendeckende Einführung der beruflichen Grundausbildung** wird die Berufschancen Jugendlicher auf dem Arbeitsmarkt verbessern. Die Berufswahlentscheidung ist besonders wichtig, deshalb soll auch eine gezieltere und **umfassende Berufsberatung** stattfinden. Daher soll in den letzten beiden Jahren ein **Fach Berufslehre — Arbeitswelt** eingeführt werden. Es vermittelt einen Überblick über Berufsfelder, Möglichkeiten und Zukunftschancen sowie praktische Einblicke in den beruflichen Alltag. So kann sich der Jugendliche auf einer breiteren Grundlage auf seine Berufswahlentscheidung vorbereiten.
7. Das duale System der Berufsausbildung in Schule und Betrieb verlangt ein **ausreichendes Angebot an Ausbildungsplätzen** durch die Arbeitgeber. Wo Ausbildungsplätze fehlen, müssen die Ausbildungsbetriebe stärker unterstützt und zusätzliche Ausbildungsmöglichkeiten durch das Land geschaffen werden.

Alle Betriebe haben Vorteile von gut ausgebildeten Fachkräften. Wer nicht ausbildet, muß sich an den Kosten beteiligen, die andere bisher für ihn mittragen.

Die **Zulassungsbeschränkungen an beruflichen Vollzeitschulen sind** nicht nur ein **unerträglicher Eingriff** in den Berufs- und Lebensweg junger Leute, sondern sie verschärfen auch noch den Mangel an hochqualifizierten Fachkräften in der Wirtschaft. Deshalb sollen sie aufgehoben werden.

Berufliche Fachklassen, weitere überbetriebliche und mit dem Handwerk und der Industrie gemeinschaftlich getragene **Lehrwerkstätten** sollen insbesondere in ländlichen Räumen erhalten oder ausgebaut werden.

Berufliche Bildungsgänge und Abschlüsse müssen aufgewertet werden. Die **Techniker- und Meisterprüfung soll gleichzeitig die Berufsfachschulreife** beinhalten. Der erfolgreiche Abschluß einer qualifizierten Ausbildung soll dem

Sekundarabschluß | gleichgestellt werden. Dazu gehört, die in Schule und Betrieb erbrachten Leistungen in die Berufsabschlußprüfung einzubeziehen.

8. Den Ausbau von **Hoch- und Fachhochschulen** und des 2. Bildungsweges wollen wir bedarfsgerecht fortsetzen.

Auf die bessere Ausnutzung der vorhandenen Hochschulkapazitäten und die rationelle Nutzung der Studienplätze ist verstärkt zu achten.

Ausbildungsförderung (BAFöG) für Schüler und Studenten muß erhalten bleiben. Nur so kommen wir auf dem Weg zur Chancengleichheit ein Stück voran.

Für Meister, Techniker und besonders qualifizierte Facharbeiter soll eine Zugangsmöglichkeit zur Fachhochschule geschaffen werden, die lange und teure Umwege vermeidet.

9. In den nächsten Jahren wird die **Weiterbildung** für die Qualifizierung und Umschulung, der Ausbau von Chancengleichheit, das Nachholen von Schulabschlüssen, die Integration von Ausländern, die Eingliederung Arbeitsloser in das Erwerbsleben und die Seniorenbildung an Bedeutung gewinnen. Ein planmäßiger Ausbau der beruflichen, allgemeinen und politischen Bildung über den bisherigen Stand hinaus ist – wie die Verbesserung des Schulwesens – **eine bildungs- und gesellschaftspolitische Notwendigkeit**. Damit liegt die Unterhaltung und Förderung von Weiterbildungseinrichtungen ebenso im öffentlichen Interesse wie die Schul- und Hochschulbildung und kann nicht ausschließlich dem Privatvergnügen derjenigen überlassen werden, die sich eine private Weiterbildung finanziell erlauben können. Sozialdemokraten betrachten Weiterbildung als integralen Bestandteil eines Gesamtbildungssystems und sie werden diesen bisher vernachlässigten Bereich verstärkt fördern.

10. Auch in unserem Land ist der im Grundgesetz festgelegte Rechtsanspruch auf **Gleichstellung der Frauen** in der Arbeitswelt, in der Familie, in der Politik und im öffentlichen Le-

ben nicht annähernd verwirklicht. Es muß aber allen Männern und Frauen ermöglicht werden, Familie und Beruf miteinander zu vereinbaren, ohne daß unzumutbare Nachteile und Mehrfachbelastungen entstehen.

Deshalb soll eine **Gleichstellungsstelle** eingerichtet werden, die zur Verwirklichung der grundgesetzlich garantierten Rechte der Frau beiträgt. Sie wird beim Ministerpräsidenten in der Staatskanzlei angesiedelt, um im Bereich seiner Richtlinienkompetenz ressortübergreifende und koordinierende Arbeit zu ermöglichen. Durch den Abbau von Vorurteilen und die Förderung partnerschaftlichen Verhaltens in allen Bereichen sollen veraltete Rollenbilder überwunden werden.

Dazu gehören auch:

Im Bereich der Familie: **familienstützende Ganztageseinrichtungen** und ein **Elternurlaub** mit Arbeitsplatzgarantie.

Im Bereich des Erwerbslebens: familienfreundliche Arbeitszeitregelungen, mehr qualifizierte Teilzeitarbeitsplätze für Männer und Frauen, die Überprüfung der Arbeitsschutzbestimmungen, Humanisierung der Schichtarbeit, die Durchsetzung der Lohngleichheit sowie Maßnahmen zur Verbesserung der Aufstiegschancen und der Wiedereingliederung von Frauen, unter anderem durch Frauenförderungspläne im öffentlichen Dienst wie in der Privatwirtschaft.

11. **Verantwortung für die Zukunft ist für uns auch Verantwortung für die Familie.** Der Staat und die gesellschaftlichen Gruppen müssen unterstützen und entlasten. Familienaufgaben müssen auch dort zu erfüllen sein, wo die Eltern berufstätig sind oder wo Krankheit die Existenz bedroht.

Aus diesem Grund sind wir für den staatlichen Familienlastenausgleich; für **gleiches Kindergeld für alle bis zu einer gewissen Einkommensgrenze**, aber gegen Steuerfreibeträge; für die **Zurücknahme familienfeindlicher Beitragserhöhungen des Landes bei den Kindergärten und Schultransporten**; für die Erweiterung der **Lernmittelbeihilfe** für Wenigerverdienende; für ortsnahe Kindergärten, Kinder-

krippen und Kinderhorte; für Tagesmütter bzw. -väter und für Elternurlaub.

Aufgrund nachgewiesener Notwendigkeit werden wir die Erziehungs- und Drogenberatung weiter ausbauen. Familienberatungsstellen wollen wir mit Landeshilfe dauerhaft gesichert wissen.

12. **Der ländliche Raum muß besser mit Ärzten, Fachärzten und Zahnärzten versorgt werden. Krankenhäuser** mit einer Mindestausstattung sollen möglichst **wohnnah** erreichbar sein. Die weitere Konzentration ist zu vermeiden. Das **Rettungswesen muß finanziell abgesichert werden.**

Die im Land Rheinland-Pfalz errichteten **Sozialstationen** haben sich bewährt. Sie sind weiter zu unterstützen. Die freien Wohlfahrtsverbände erfüllen in Rheinland-Pfalz ihre Aufgaben hervorragend. Sie können sich unserer Unterstützung auch in Zukunft sicher sein. Dies gilt ebenfalls für neue Formen der Wohlfahrtspflege, beispielsweise für die mobilen sozialen Dienste.

Die **Verbraucherberatung** muß als Mittel der Aufklärung gerade für Familien besonders gefördert werden.

Sozialdemokraten lehnen die globale Leistungseinschränkung des **Landespflegegeldgesetzes** ab. Statt knapper werdende staatliche Mittel weiterhin an alle zu verteilen, halten sie die **Einführung von Einkommensgrenzen** für den besseren Weg zur Konzentration staatlicher Sozialleistungen.

13. **Wichtig für Gegenwart und Zukunft ist das Zusammenleben und das Verständnis der Generationen untereinander.** Dazu gehört ein familiengerechter Wohnungsbau, der das Zusammenleben von Jungen und Alten fördert.

Für die **ältere Generation** wollen wir das Weiterbildungsangebot attraktiver machen, **Begegnungsstätten und Vorsorgeeinrichtungen** schaffen oder ausbauen.

Die **Jugend** soll spezielle Treff- und Anlaufstellen erhalten; neben der **Förderung der organisierten Jugendgruppen** müssen besonders **Jugendzentren** gefördert werden.

Wir brauchen ein landesweites Konzept, das Dorfgemeinschafts-, Jugend- und Altenzentren fördert und Möglichkeiten des Zusammenwirkens und der gemeinsamen Verantwortung bietet.

Den überholten **Altenplan** werden wir zu einem modernen Plan für alle Menschen im 3. Lebensabschnitt umgestalten.

14. **Wie die natürliche Lebensumwelt für nachfolgende Generationen aussieht, hängt entscheidend mit davon ab, wie wir uns heute verhalten.** Gerade die Art und Weise unseres Wirtschaftens ist es, die unsere Umwelt gefährdet. Und gerade deshalb müssen schon vor der Produktion die Folgen für die Umwelt bedacht und die natürlichen Lebensgrundlagen wie Luft, Wasser, Boden, Natur geschützt werden.

Für die SPD Rheinland-Pfalz ist das **Vorsorgeprinzip noch wichtiger als das Verursacherprinzip.** Jede staatliche, wirtschaftliche und private Planung muß deshalb mögliche Auswirkungen auf die Umwelt mitbedenken. **Umweltverträglichkeitsprüfung und Risikoanalyse** müssen verbindlicher Bestandteil jeder Planung werden. Denn Umweltgefahren dürfen, wie die schlechten Erfahrungen (saurer Regen) zeigen, nicht mehr wie bisher isoliert angegangen werden, sondern die sich gegenseitig verstärkten Umweltschädigungen müssen in ihrer Gesamtheit bekämpft werden. **Wir sind für strikte Anwendung der vorhandenen Umweltschutzvorschriften, für deren verschärfte Überwachung durch die Umweltbehörden.**

15. **Die Luftqualität** muß intensiver kontrolliert und übergreifende Luftreinhaltepläne für ganz Europa erstellt werden. Insbesondere die Schadstoffbelastung der ausgedehnten Wälder des Landes Rheinland-Pfalz, die seinen größten Reichtum darstellen, muß viel genauer als bisher überwacht werden, um drohende Schäden frühzeitig erkennen zu können. **Umweltpolitische, wirtschaftliche und soziale**

Ziele sind für uns Sozialdemokraten gleichrangig. Zwischen ihnen besteht kein prinzipieller Gegensatz. So ist z. B. Energiesparen sowohl umweltschonend als auch wirtschaftlich sinnvoll. Vielen von dem, was heute mit Erwägungen wirtschaftlicher Vernunft gerechtfertigt wird, ist nichts anderes als unverantwortlicher Raubbau auf Kosten künftiger Generationen oder egoistische Bereicherung auf Kosten der Allgemeinheit. Nur eine Wirtschaftsordnung, die nicht ständig ihre eigenen natürlichen Grundlagen untergräbt, ist auch wirtschaftlich vernünftig. Wir brauchen also eine Kurskorrektur, aber sie darf nicht die soziale Stabilität und damit gerade eine Grundvoraussetzung für das Gelingen der Neuorientierung des Wirtschaftens gefährden.

16. **Fernwärme und Erdgasnutzung** sollen die Luftverschmutzung durch die privaten Haushalte eindämmen. Für Kraftfahrzeuge müssen weitere Techniken für abgas- und verbrauchsärmere und leisere Motoren entwickelt werden.

Der öffentliche Personennahverkehr muß gerade in den ländlichen Regionen in kommunaler Selbstverwaltung unter finanzieller Beteiligung des Landes leistungsfähig ausgebaut werden. Der Anreiz zum Umsteigen vom PKW auf Bus und Bahn muß größer werden.

Der öffentliche Personennahverkehr hat sich als umweltfreundlich und energiesparend erwiesen. Er bremst den Landschaftsverbrauch. Deshalb gehört ihm sowohl im ländlichen Raum als auch in den Verdichtungsgebieten die Zukunft. Das Land muß sich mehr als bisher am Ausbau und dem Betrieb leistungsfähiger Bus- und Straßenbahnsysteme beteiligen.

17. **Alle Gewässer müssen konsequent überwacht, die Schadensverursacher zur Beseitigung der Schäden herangezogen werden.** Der Bau von Kläranlagen bleibt unser besonderes Anliegen. **Unser Grundwasser ist ein natürliches Trinkwasserreservoir,** es muß geschützt werden. Gerade die Industrie sollte zur Wiederverwendung von „Brauchwasser“ ermutigt werden. Dabei sind kleinere Anlagen aus

Kostengründen und wegen ihrer höheren Effektivität zu bevorzugen. Neue Abwasserreinigungsverfahren (Wurzelaufwuchsbehandlung) sind zu fördern.

18. Die heute in vielfacher Weise **belastete und gefährdete Landschaft darf nicht weiter zersiedelt werden**. Mit Hilfe sinnvoll gestalteter Bebauungspläne soll unverantwortlicher Landschaftsverbrauch, auch durch Verkehrswege, eingeschränkt werden.

Die wirtschaftliche Ausbeutung unserer Landschaft, z. B. durch die Gewinnung von Sand, Kies, Ton und Bims, muß zurückhaltend und landschaftsschonend vorgenommen werden. Ausgebeutete Gebiete sind sorgsam zu rekultivieren.

19. Zurückhaltung ist auch bei der **Flurbereinigung** geboten. Da sie für die Landwirtschaft und den Weinbau eine große Rolle spielt, kann auf sie nicht ganz verzichtet werden. Doch es ist notwendig, dabei mehr auf Umwelt- und Landschaftsschutz zu achten. Den Gemeinden ist ein Mitbestimmungsrecht einzuräumen.

Die Landwirtschaft, die in besonderer Weise mit Natur und Landschaft verbunden ist, kann und muß mithelfen, Umweltschutz und Landschaftspflege zu bewirken. Gleich, ob es um Flurbereinigung oder Trockenlegung von Feuchtgebieten, die Verwendung chemischer Mittel im Ackerbau, der Tierhaltung oder die Überdüngung des Bodens geht.

Der vertretbare Ausgleich zwischen Ökologie und Ökonomie ist für die SPD Rheinland-Pfalz das erklärte Ziel. Umweltschutz ist nicht wirtschaftsfeindlich sein, sondern kann auch wirtschaftsfördernd sein. Als investive Kraft **schafft er zusätzlich künftige Arbeitsplätze**.

20. Sozialdemokraten in Rheinland-Pfalz treten ein für die **Beschränkung des Einsatzes umwelt- und gesundheitsgefährdender Stoffe** bis hin zu **Erzeugungs- und Verwendungsverböten für Stoffe, die Krebs erzeugen** oder das Erbgut schädigen, wie für umweltschädigende Stoffe die in der Umwelt nicht abgebaut werden können. Wir Sozialde-

mokraten stehen dafür ein, daß gesundheits- und umweltgefährdende Abfälle aus Produktion und Konsum zu vermeiden sind, wenn sie im Rahmen der herkömmlichen Abfallwirtschaft nicht gefahrlos ausgesondert und beseitigt werden können. Die Sozialdemokraten werden die Einführung von Düngungs- und Pflanzenschutzmethoden in der Landwirtschaft betreiben, die einerseits die Ausrottung gefährdeter Tier- und Pflanzenarten sowie die Belastung der Umwelt mit gesundheitsschädlichen oder nicht abbaubaren Schadstoffen vermeiden, andererseits aber auch die erforderlichen Ertragsqualitäten sicherstellen.

Rheinland-Pfalz — Unsere Heimat

1. **Rheinland-Pfalz hat eine große kulturelle Tradition.** Die **Kulturpolitik** darf sich nicht auf die Ballungsräume beschränken, sondern soll auch den ländlichen Raum fördern.

Unterstützung darf nicht nur großen Museen, Orchestern oder Berufskünstlern zukommen, sondern sie gebührt vor allem auch den kleinen ländlichen Initiativen und kulturellen Vereinigungen, z. B. Laienspielgruppen. Örtlich bezogene Veranstaltungen, Ausstellungen oder Laiendarstellungen pflegen die kulturelle Vielfalt und fördern Gemeinsamkeit, Bereitschaft zur Traditionspflege und spielerisches Verständnis.

Rheinland-Pfalz besitzt eine hohe Zahl an historischen Traditionsstätten und kulturellen Denkmälern. Sie zu unterhalten ist Aufgabe eines aktiven Denkmalschutzes und einer verantwortungsbewußten Denkmalpflege.

2. Die **Dorferneuerung** wollen wir vorrangig in ländlich strukturierten Gemeinden und in Gebieten mit Ausbaumöglichkeiten für den Fremdenverkehr fortsetzen. Wir wollen einen Dorfentwicklungsplan, der in ein Dorferneuerungsprogramm mündet. **Den Bau von Bürger- und Dorfgemeinschaftshäusern wollen wir unterstützen**, um das Vereinsleben in den Gemeinden weiter anzuregen und zu fördern.
3. Der Zersiedelung der Landschaft wollen wir Sozialdemokraten energisch entgegenwirken. Straßen- und Bauprojekte müssen mit dem Ziel geplant werden, die Landschaft so weit wie nur irgend möglich zu schonen. Bei allen Vorhaben — vor allem im Außenbereich — müssen Planer und Behörden darauf achten, daß diese harmonisch in die Landschaft eingefügt werden.
4. Die Schönheit unseres Landes mit dem sie prägenden Kulturbild aus Wald- und Weinbaugebieten wollen wir schützen und erhalten. Dies liegt nicht nur im Interesse von Land- und Forstwirten, Winzern und Gastronomen, sondern dies kommt allen Bürgern zugute.

Unsere **Forstpolitik** will den Bestand an Wäldern zumindest im jetzigen Umfang erhalten. Verluste müssen durch Aufforstungen sofort ausgeglichen werden. Die Landwirtschaft, welche die Funktionsfähigkeit und Wirtschaftskraft gerade des ländlichen Raumes bestimmt, wollen wir sichern. Unsere Agrarpolitik in Rheinland-Pfalz ist deshalb darauf ausgerichtet, die Wettbewerbsfähigkeit der Land- und Forstwirtschaft bei der Produktion, Verarbeitung und Vermarktung zu verbessern.

Den Landwirten stehen ein angemessenes Einkommen und eine mit der übrigen Bevölkerung vergleichbare soziale Sicherheit zu. Die pauschale und produktbezogene Förderung der Landwirtschaft halten wir für überholt. Wir streben eine gezielte, die Interessen der Landwirtschaft, des ländlichen Raums, der Verbraucher und der Allgemeinheit gleichrangig berücksichtigende Betriebs- und Regionalförderung an.

5. Die **Förderung der Qualitätsweinerzeugung** ist von lebenswichtiger Bedeutung für die Winzer und die Weinwirtschaft. Sie bleibt deshalb **Leitmotiv sozialdemokratischer Weinbaupolitik**. Zum Schutze der Qualitätsnormen und der ehrlichen Winzer sollen praktikable Herbstkontrollen verstärkt, die Weinkontrolle insgesamt ausgebaut und amtliche Kontrollzeichen für Flaschen eingeführt werden. Wir müssen im Interesse von Verbrauchern und Winzern verhindern, daß von gewissen Weinen unkontrollierbare Mengen in den Verkehr gebracht werden.

Weine, die aus dem Ausland eingeführt werden, sind einer verschärften Qualitäts- und Mengenkontrolle zu unterwerfen. Weinbegleitscheine sollen eine mißbräuchliche Verwendung und das „Eindeutschen“ ausländischer Weine verhindern.

Die **Rebflächen in den Steillagen** von Mosel, Rhein und Ahr wollen wir erhalten, da dem Weinbau in diesen Bereichen eine bleibende Bedeutung auch für den Fremdenverkehr zukommt.

6. Der **Fremdenverkehr** in unserem landschaftlich schönen Rheinland-Pfalz ist ausbaufähig. Deshalb wollen wir ihn weiter fördern. Unser Land ist nicht nur für Kurz- und Zweiturlaube attraktiv, sondern kann auch noch unter Familien-, Aktiv- und Erholungsurlaubern neue Freunde gewinnen.

Die Förderrichtlinien müssen auch den **Ausbau von kleineren Betrieben des Hotel- und Gaststättengewerbes** ermöglichen. Die Ausbildung des Nachwuchses und Personals im Hotel- und Gaststättenbereich ist vom Land wirkungsvoll zu unterstützen.

Damit die besonderen Chancen des Landes — die Verbindung von Wald, Weinbau, Kurquellen und Mittelgebirge — jenseits der Landesgrenzen noch bekannter werden, wollen wir eng mit der Deutschen Zentrale für Touristik zusammenarbeiten. Für das ganze Land muß ein einheitlicher, übersichtlicher Reiseführer erstellt werden, der regelmäßig auf den neuesten Stand zu bringen ist.

Die landschaftliche Schönheit von Rheinland-Pfalz ist wegen ihres in vieler Hinsicht hohen Wertes zu erhalten und zu nutzen. Auch auf diesem Wege können durch zukunftsgerichtete Investitionen vorhandene Arbeitsplätze gesichert und neue geschaffen werden.

Wir wollen, daß unsere Mitbürger stolz auf ihr Land sein und voller Zuversicht auf die Zukunft darin leben können.

Die Mannschaft der SPD Rheinland-Pfalz:

Hans Schweitzer, MdL
Rose Götte, MdL
Rudolf Scharping, MdL
Hugo Brandt, MdB
Willi Rothley, MdL
Werner Klein, MdL



ey



arping

Rede des
Landesvorsitzenden und Spitzenkandidaten
der Rheinland-Pfälzischen SPD

HUGO BRANDT, MdB

auf dem
a. o. Landesparteitag der
SPD Rheinland-Pfalz

am 13. November 1982 in Mainz-Finthen

Rede Hugo Brandt, MdB:

Die politische Landschaft am Ende des Jahres 1982

Die politische Landschaft des Jahres 1982 bietet nicht allzuviel Tröstliches. Der konservative Rückschlag nach Jahren des Aufbruchs hat seinen stärksten Pendelausschlag erreicht.

Die Bundesregierung wird seit dem 1. Oktober von der CDU/CSU und dem konservativen Teil der Freien Demokraten gestellt, in den Bundesländern herrschen überwiegend die Konservativen. In einer großen Zahl von Städten und Gemeinden haben wir Sozialdemokraten Mehrheiten verloren und damit auch die Oberbürgermeister und die Bürgermeister.

Alle wichtigen Staatsämter werden von Christdemokraten oder Christsozialen besetzt. Vor allem die gedruckten Medien werden weitestgehend von den Konservativen kontrolliert.

In Rheinland-Pfalz gibt es in der gesamten Staatsverwaltung des Landes kaum noch einen Sozialdemokraten, das politische Terrain ist christdemokratisch-konservativ planiert. In den 60er Jahren war vom totalen CDU-Staat die Rede — jetzt allerdings droht er uns vollständig.

Wir haben diese Lage nicht zu dramatisieren, aber auch nicht zu beschönigen.

Es gibt auch gegenläufige Entwicklungen, die jüngsten Wahlergebnisse signalisieren das. In einer solchen Situation müssen wir Sozialdemokraten wieder **einige Gewichte in die Waagschale des demokratischen Sozialismus legen** und das Gleichgewicht in unserer Demokratie wieder herstellen. Diesem Ziel dienen auch unsere Anstrengungen für den Wahlscheid im März nächsten Jahres in Rheinland-Pfalz. **Unser erstes und wichtigstes und erreichbares Ziel bleibt, die absolute Mehrheit der CDU zu brechen.**

In Bonn ist im September die sozial-liberale Koalition zerbrochen; der Wechsel dort ist unter Umständen vonstatten gegangen, die dem Vertrauen in die Demokratie beträchtlichen Schaden zugefügt haben, weil er den deutlich erkennbaren Wählerwillen von 1980 in sein Gegenteil verkehrt hat.

Nicht der Wechsel eines Koalitionspartners ist verwerflich, sondern die völlige Mißachtung der eigenen Aussage der FDP, Bundeskanzler Schmidt zu stützen und den Bestand der sozial-liberalen Koalition zu garantieren. Mit dieser präzisen Aussage hat sich die FDP 10,6 % der Stimmen verschafft. Es wäre angemessen, ja sogar notwendig gewesen, vor dem Vollzug einer neuen Koalition das alte Mandat zurückzugeben und sich für den Wechsel ein neues Mandat geben zu lassen.

Was Helmut Schmidt am 17. September mit seiner Rede im Bundestag vollzogen hat, war nicht der Bruch der Koalition zwischen Sozialdemokraten und Freien Demokraten. Dieser Bruch war von den Herren Genscher und Lamsdorff längst vollzogen, sie hätten nur gerne den Zeitpunkt bestimmt, an dem es offenbart werden sollte.

Wir waren es unserer Achtung vor uns und unseren Wählern, wir waren es unserer langen Tradition und auch unserem Stolz schuldig, uns nicht zu Bauern in einem taktischen Spiel machen zu lassen, die man beliebig opfern könnte, um die eigenen Figuren in bessere Ausgangspositionen zu bringen.

Um des Erhalts der Koalition und der Substanz ihrer Politik willen waren wir Sozialdemokraten in der Vergangenheit schon bis an den Rand der Selbstverleugnung gegangen. Nun wollte man uns auch noch zumuten, unsere Selbstachtung aufzugeben. Das hat den Lauf der Dinge programmiert. Fraktion und Partei standen und stehen hinter der Rede Helmut Schmidts vom 17. September und haben seinen Schritt gebilligt und unterstützt.

Es wäre demokratisch einwandfrei gewesen, unverzüglich die Voraussetzungen für Neuwahlen noch im November zu schaffen. Diesen Schritt sind die anderen Parteien nicht mitgegangen. Statt dessen haben sie eine neue Regierungskoalition gebildet und Wahlen für den 6. März 1983 angekündigt.

Der Weg dorthin ist bis jetzt nicht freigemacht, und die rheinland-pfälzische CDU-Regierung hat ihre Ankündigung, den hier ohnehin stattfindenden Wahltermin zu verlegen, ebenfalls noch nicht umgesetzt. Für die FDP ist das kein Problem, weil es auf einen Wortbruch mehr oder weniger nun auch nicht mehr ankommt. Hier geht es aber nicht um parteipolitische Interessen, sondern um **die Glaubwürdigkeit der Politik** insgesamt. Deshalb sind wir klar und eindeutig für **Neuwahlen** zu einem möglichst frühen Termin.

Die Bundestagswahlen werden wir ohne Helmut Schmidt an der Spitze zu bestehen haben. Helmut Schmidt hat seine Entscheidung getroffen — wir respektieren seine Gründe, nicht mehr zu kandidieren.

Ich sage — ohne einen Hang zum Pathos zu haben — **ich danke Helmut Schmidt für seine Leistung und für seine Aufopferung. Wir alle danken ihm für seine mehr als 8jährige Kanzlerschaft, die ihn zu einem der geachtetsten Regierungschefs der Welt gemacht hat. Ich bin stolz darauf, einer Partei anzugehören, die einen solchen Kanzler hervorgebracht hat.**

Hans Jochen Vogel ist unser nächster Kanzlerkandidat. Ich habe mich auch als Parteivorstandsmitglied für seine Kandidatur ausgesprochen. **Wir können Hans Jochen Vogel versprechen, daß er sich ohne Wenn und Aber auf die rheinland-pfälzischen Sozialdemokraten verlassen kann.**

Auf jeden Fall stehen wir vor **Landtagswahlen**. Der Landesvorstand hat schon frühzeitig einen Entwurf für ein **Landeswahlprogramm beschlossen** und zur Diskussion in die Organisation gegeben. Der Entwurf hat viel Zustimmung erfahren, er ist ganz oder in Teilen kritisiert worden. Viele Ortsvereine, Unterbezirke und Bezirke haben Anträge zur Ergänzung oder zur Veränderung gestellt. Diese Anträge werden uns anschließend beschäftigen, der Parteitag wird sehr viel Konzentration aufbringen müssen, die Anträge sachgerecht zu bewältigen.

Ich danke auch allen Mitarbeitern und der Antragskommission, die die Vorbereitungen so getroffen haben, daß heute aufgrund von übersichtlichen Vorlagen die Entscheidungen erleichtert sind.

Die SPD und die anderen Parteien

Die CDU regiert hier seit 35 Jahren, in der jetzt zu Ende gehenden Legislaturperiode, trotz eines guten Wahlergebnisses der SPD unter Klaus von Dohnanyi 1979, mit absoluter Mehrheit, freilich mit umso größerer Selbstherrlichkeit. **Allein dieser Regierungshochmut ist, für sich genommen, schon Grund genug, die CDU aus dieser absoluten Herrschaft zu verdrängen.** Ich habe vorhin schon darauf hingewiesen, daß dies unser Wahlziel Nummer 1 ist. Für unsere eigenen Koalitionsüberlegungen scheidet die CDU schon deshalb aus, weil beide großen Parteien hierzulande mehr als 90 % der Wählerstimmen repräsentieren.

Dies alleine würde — läßt man alle inhaltlichen Gründe einmal weg — für sich genommen der Demokratie nicht verträglich sein.

Ob andere Parteien außer CDU und SPD den Landtag überhaupt erreichen, ist gegenwärtig durchaus offen. Chancen dafür haben nur die FDP und die Grünen.

Ich selbst war über Jahre hinweg einer der Gesprächspartner der FDP in Bonn und der von mir vertretene innenpolitische Bereich war bis zuletzt gekennzeichnet durch eine enge, ungetrübte, vertrauensvolle und erfolgreiche Zusammenarbeit.

Ich denke, daß grundsätzlich auch hier in Rheinland-Pfalz mit der FDP zusammengearbeitet werden kann, wenn die FDP das ernstlich wollte. **Wir Sozialdemokraten sind zur Zusammenarbeit willens und fähig. Allerdings mache ich mir bei der Struktur und den Präferenzen der hiesigen FDP keinerlei Illusionen über die Chancen dazu.** Die rheinland-pfälzischen Freidemokraten wollen die Zusammenarbeit mit der CDU, meist bedingungslos. Das entspricht zwar nicht dem Ideengut des Liberalismus und auch nicht den politischen Überzeugungen der FDP in wichtigen Feldern der Landespolitik, aber es entspricht der politischen Entwicklung der FDP insgesamt.

Sie hat jetzt **Liberalität völlig auf Wirtschaftsliberalismus verkürzt**. Solange das so ist, besteht keine Chance zur Zusammenarbeit.

Die Möglichkeiten der Grünen sind schwer einzuschätzen. Ihr Wählerpotential ist nicht gefestigt. **Wo die Grünen in die Landtage kamen, war das eher Protest. Unser Ziel als Sozialdemokraten muß sein, den von uns stammenden Anteil dieser Wähler zurückzugewinnen und andere Reformwillige von unserer Reformfähigkeit zu überzeugen.** Die Koalitionsfähigkeit der Grünen ist schon deshalb negativ einzuschätzen, weil sie nach ihrem eigenen Bekunden Koalitionen nicht eingehen wollen. Im übrigen muß, wer sich im parlamentarischen System behaupten will, fähig und bereit sein, **Verantwortung für das Ganze zu übernehmen und nicht nur für handverlesene Teile.**

Wir Sozialdemokraten hassen die Gewalt und Gewalttätigkeiten, wir waren in der Geschichte oft genug die Opfer. Dennoch geht die Kampagne gegen die Grünen zu weit. Wer wie der bayerische Ministerpräsident nicht nur die Verfassungswidrigkeit zum Verbotgrund einer Partei machen will, sondern auch seine persönliche Einschätzung ihrer Parlamentsfähigkeit, der schießt weit über das Ziel hinaus. Artikel 21 des Grundgesetzes besagt, daß die Parteien an der Willensbildung mitwirken, dort steht nicht, daß nur CDU/CSU, FDP und SPD das dürfen.

Summe all dieser freilich sehr knappen Überlegungen: wir werden voraussichtlich in diesem Wahlkampf allein kämpfen müssen für unsere Ziele. **Unsere politischen Gegner sind Christdemokraten, Freie Demokraten und Grüne gleichermaßen.** Alle anderen spielen keine Rolle, mit ihnen brauchen wir uns nicht zu befassen. Wir müssen uns **auf unsere eigene Stärke besinnen und verlassen.** Wir brauchen den Mut, nicht mehr Opposition sein zu wollen.

Grundsätze und politische Auseinandersetzung

Jede konkrete Wahlaussage gründet sich auf ein dichtes Geflecht grundsätzlicher Anschauungen. Ich beobachte die Politik nun schon lange genug und handele in ihr. Das Widerlichste, was mir begegnet ist, sind die unehrlichen Schaukämpfe, die rhetorische Floskelei, die künstliche Aufregung. In den allermeisten Fällen könnten politische Konfliktfälle auf eine saubere und klare Weise offengelegt und ausgefochten werden. Das geht dann ohne taktische Winkelzüge.

»In diesem unseren Lande« ist sehr oft von »geistiger Führung« die Rede. Ich habe gegen **geistige Führung** überhaupt nichts einzuwenden. **Sie schlägt sich aber nicht in schwatzhaften Reden nieder, sondern im glaubwürdigen Handeln.** Dazu gehört es, die eigenen Grundüberzeugungen einsichtig zu machen, Probleme sauber zu analysieren, in kooperativer Weise die Problemlösungsmöglichkeiten mit anderen zu besprechen und schließlich im gegebenen Handlungsrahmen nach der relativen Richtigkeit zu entscheiden. Einer der schlimmsten politischen Fehler ist die Selbstüberschätzung, in vielen Fällen der elende Voluntarismus, der glaubt, man brauche nur recht innig zu wollen, und dann trete das gewünschte Ergebnis schon ein. Solche Leute sind langweilig, sie sollen mir bitteschön vom Halse bleiben.

Wer in der Politik absolute Wahrheiten verkündet, ist unfähig zur Demokratie. Wer sich im Besitz der Wahrheit glaubt, endet voraussichtlich im politischen Totalitarismus, in der Diktatur. **Ohne den politischen Kompromiß gibt es keine demokratische Zukunft.** Wer zum Kompromiß nicht bereit ist, ist auch zur **Achtung anderer Meinungen** und zum **Respekt gegenüber Minderheiten** nicht fähig. Dabei muß allerdings jeder wissen, was er dem anderen zumuten darf. Auch die **Kompromißfähigkeit hat ihre Grenzen.** Wer sich nicht in die Situation des anderen versetzen kann, kann ihn nicht verstehen.

Wer den anderen in seinen Motiven, Zielen und Überzeugungen nicht versteht, ist zur Zusammenarbeit unfähig. Das gilt in der Außenpolitik ebenso wie in der Innenpolitik.

Wir stehen für die Freiheit. Wir wissen, daß die Freiheit des einzelnen immer ihre Grenze findet in der Freiheit des anderen. **Und wir wissen, daß Freiheit der einzelnen nur gemeinschaftlich, gesellschaftlich gesichert werden kann.** Weil wir uns diesem Erbe des Liberalismus verpflichtet fühlen, bieten wir all denen eine politische Heimat, die in der Freiheit mehr sehen als nur die Prinzipien des Wirtschaftsliberalismus. **Gedankenfreiheit ist mehr als Gewerbefreiheit.**

Freiheit ohne gleiche Rechte und ohne gleiche Chancen ist nicht möglich. Deshalb kämpfen wir für soziale Gerechtigkeit und gegen ungerechtfertigte Privilegien. »Wir sind keine Kommunisten, welche die persönliche Freiheit vernichten und aus der Welt eine große Kaserne oder ein großes Arbeitshaus machen wollen. Es gibt freilich Kommunisten, welche es sich bequem machen und die persönliche Freiheit leugnen und aufgeben wollen. Wir aber haben keine Lust, die Gleichheit mit der Freiheit zu erkaufen.« Das sagte einmal Friedrich Engels. Besser kann man eine Grenze nicht markieren.

Der Frieden ist die Grundlage der Politik

Die politische Aufgabe, die mit weitem Abstand alle anderen überragt – so wichtig die anderen für sich genommen sein mögen – ist **die Sicherung und Bewahrung des Friedens.**

Dabei wissen wir, daß die gegenwärtige Hochrüstung mit ihren immer teuflischeren und teureren Vernichtungssystemen uns auch dann ruinieren wird, wenn sie überhaupt nicht eingesetzt wird. Die Völker können sich Hochrüstung auch aus wirt-

schaftlichen Gründen nicht mehr leisten. Deshalb sind die Chancen, daß die Vernunft sich durchsetzt und konkrete Abrüstungsschritte vereinbart werden, nicht gering.

Jede Chance muß genutzt werden. Es war **Helmut Schmidt, der die abgerissenen Gespräche zwischen den Großmächten wieder in Gang gebracht hat. Wir Sozialdemokraten haben die deutschen Interessen selbstbewußt und beharrlich vertreten.** Ich fürchte, daß dies mit der neuen Regierung — man denke nur an Herrn Wörner in Washington — nicht mehr so geschieht.

Unsere Aufgabe ist es, auf **Abrüstung** zu drängen. **Einseitigkeiten im größeren Stil, aber bis zur einseitigen Abrüstung, sind falsch.** Falsch ist auch die Empfehlung, aus dem bestehenden Bündnis auszuscheren; den Wehrlosen hat seine Wehrlosigkeit noch nie geschützt. Aber **wir wollen Abrüstung über vereinbartes Gleichgewicht:** das ist etwas anderes als die elende Raketenzählerei.

Außerdem: **Der Frieden läßt sich nicht nur militärisch sichern. Er gründet auf Elemente einer Partnerschaft zur Sicherheit, auf wirtschaftliche Elemente, auf kulturelle Elemente, auf humanitäre Elemente.**

Rheinland-Pfalz hat in diese Bemühungen ein eigenes Interesse einzubringen. **Wir wollen, daß unsere Wälder in der Pfalz, in der Eifel, im Westerwald und im Taunus wieder Wälder sind und nicht Waffenlager.** Für die nächste Zeit erheben wir 3 Forderungen:

1. **Wir wollen, daß die Giftgaslager verschwinden, und das unter allen Umständen.**
2. **Wir vertrauen darauf, daß die Genfer Verhandlungen mit Ernst geführt werden und setzen unsere Hoffnungen in das Ergebnis. Wir haben es nicht nötig, mit Stationierungsvorbereitungen zu beginnen und so zu tun, als sei das Scheitern dieser Verhandlungen unvermeidlich.**
3. **Die Bundesregierung wird von uns aufgefordert, die Bevölkerung über das, was geschieht und warum es geschieht, zu informieren.** Die Praxis, weder zu dementieren noch zu bestätigen, schafft nur zusätzliche Unruhe.

Wir haben keine Regierung, um das Volk hinters Licht zu führen, sondern sie ist dazu da, die Bürger ins Bild zu setzen.

Wir wehren uns mit aller Entschiedenheit gegen die vielfältigen Versuche, die ganz gewiß sehr heterogene **Friedensbewegung zu diffamieren. Wir sind nicht mit allem einverstanden, was dort gesagt und getan wird, aber wir wollen mit allen Menschen zusammenarbeiten, die wie wir den Frieden wollen und die bereit sind, offen die tauglichen Schritte zu diskutieren.**

Die Arbeitslosigkeit gefährdet den sozialen Frieden

Das innenpolitische Problem Nr. 1 ist die wachsende Arbeitslosigkeit. Wer ihm beikommen will, muß sich über die Ursachen klar sein. In der OECD sind etwa 33 Mio. Menschen ohne Arbeit, in der Europäischen Gemeinschaft sind es 14 Mio., rund 2 Mio. in der BRD, über 100.000 in Rheinland-Pfalz.

Die einfältige CDU-Behauptung, daran sei die sozial-liberale Bundesregierung schuld — nein, heute hat ja der Herr Lambsdorff daran überhaupt nicht mehr mitgewirkt —, diese einfache Polemik verstellt den Blick auf die Wirklichkeit.

Einer der Gründe ist die idiotische Rüstung, die in den USA jetzt zu einem Staatsdefizit von über 150 Milliarden Dollar geführt hat — und das ist noch nicht das Ende.

Der zweite Grund liegt in der weltweiten Sättigung von Märkten, jedenfalls dort, wo eigentlich noch Geld zum Kaufen wäre. Andere haben zwar Bedarf, aber kein Geld.

Wir haben Konjunkturprobleme. Der dritte Grund liegt in der ständig steigenden Produktivität, auf gut deutsch: immer weniger Menschen können immer mehr produzieren mit Hilfe neuer Techniken und Maschinen. **In einer solchen Situation kommt viertens dazu, daß die Zahl der Jungen, die arbeiten wollen, steigt, während Jahr für Jahr rund 130.000 weniger in Rente gehen, als Junge hinzukommen.** Selbst wenn sich nichts ändern würde, brauchten wir schon aus diesem Grund für die Zukunft fast 1 Mio. Arbeitsplätze.

In einer solchen Situation kommt **fünftens** dazu, daß **die Staatseinnahmen sinken und die öffentliche Nachfrage ebenfalls.** Da ist für einen einfachen Kopf die Verführung groß, die Sozialleistungen und die Einkommen zu kürzen, was wiederum zu einer sinkenden Nachfrage führt.

Wer einer solchen Situation mit den Mitteln der 50er Jahre begegnen will, muß von vornherein erfolglos sein. Ja, der verschärft sogar noch die Probleme, und zwar auf dem Rücken der Arbeitnehmer. Die Vereinigten Staaten und England geben davon Zeugnis. **Selbst bei noch größeren Gewinnen und hoher Investitionstätigkeit wird zuerst rationalisiert und nicht eingestellt,** wenn man nicht erwarten kann, daß die produzierten Produkte auch gekauft werden. **Ohne Nachfrage macht das Angebot keinen Sinn — und verspricht auch keinen Gewinn.**

Wir schlagen ein kombiniertes Programm vor:

1. **Arbeitszeitverkürzung** ist nicht das Allheilmittel. Aber ohne Arbeitszeitverkürzung wird es keine Lösung geben. Deshalb setzen wir uns mit den Gewerkschaften für Arbeitszeitverkürzungen ein. Es ist besser, die vorhandene Arbeit zu verteilen als Arbeitslosigkeit zu finanzieren.
2. Die Zeit der Neuansiedlung von Betrieben ist weitestgehend vorbei. Deshalb müssen **staatliche Hilfen konzentriert** werden auf die Betriebe, bei denen Arbeitsplätze gesichert werden oder sogar ausgeweitet werden können. Rheinland-Pfalz hat fast durchweg mittelständische Betriebe, deshalb kommt dieser Forderung Priorität zu. Vielleicht begreifen dann auch die mittelständischen Unternehmen, die Handwerker, die

Selbständigen demnächst, daß sie mit ihren Interessen den Arbeitnehmern viel näher stehen müßten als den Großkonzernen.

3. **Der öffentliche Dienst** kann mit gutem Beispiel vorangehen, wenn er dafür sorgt, daß wenigstens einmal die Überstunden abgebaut, die Nebentätigkeiten eingestellt werden und dafür den Arbeitslosen Arbeit gegeben wird. CDU-Politiker verlieren die Rechtfertigung für ihre großen Reden, wenn sie auf der anderen Seite alleine für solche Zwecke bei Lehrern viele Millionen ausgeben, statt arbeitslose Lehrer einzustellen.



4. Bei den **öffentlichen Investitionen** kann mit dem gleichen Geld mehr gemacht werden, **wenn die bürokratische Unbeweglichkeit abgebaut wird**. Wir wollen mehr Umgehungsstraßen und ein gutes Umfeld fürs Wohnen statt immer neuer Großprojekte.

Die Abwasseranlagen, die in vielen Fällen viel zu groß dimensioniert und deshalb zu teuer sind, können jedenfalls zum Teil

durch kleinere Einheiten mit einfacheren, aber ebenso wirkungsvollen Systemen ersetzt werden. Man kann doch nicht für jede kleine Gemeinde kilometerlange Riesenkanäle in den Boden verlegen. Da wird das Geld verbraucht, das wir so dringend zum Abbau des Investitionsstaus bei den Kläranlagen und Hauptsammlern brauchen.

Wo öffentliche Investitionen wegfallen oder gekürzt werden, da gehen auch Arbeitsplätze verloren. Der Tiefbau ist dafür nur ein Beispiel — ein drastisches aber, denn er ist zu über 70% von öffentlichen Aufträgen abhängig. Und die Bürger müssen wissen: was heute versäumt wird, muß morgen mit höheren Preisen und höheren Gebühren bezahlt werden und bewirkt heute Arbeitslosigkeit.

5. Wenn **gespart** werden muß, dann **nach dem strengen Maßstab sozialer Gerechtigkeit**. Bevor den Arbeitnehmern und den Schwachen in der Gesellschaft genommen wird, müssen die starken Schultern entsprechend belastet werden. Es ist soziale Perfidie, wenn den hohen Einkommen eine sogenannte Anleihe zurückgezahlt wird, den wirklich Schwachen aber dauerhaft und engültig genommen wird. Eine solche Politik müssen wir immer und mit aller Kraft bekämpfen.

Übrigens wäre die **Ergänzungsabgabe auch ökonomisch sinnvoll**. Denn solange das Investieren von Kapital steuerlich schlechter behandelt wird als seine unproduktive Anlage zu hohen Zinsen oder sein Verbrauch — solange stimmen die Rahmenbedingungen nicht. Deshalb hätte die Ergänzungsabgabe neben der sozialen Gerechtigkeit auch den Sinn, die Bedingungen für den Verbrauch von Kapital zu verschlechtern.

Die Zukunft gemeinsam bewältigen

Ich bin seit einem Jahr an jedem nur möglichen Tag draußen im Land. Ich habe nun fast alle Landkreise, viele Städte und Gemeinden besucht. Dabei habe ich mit Kommunalpolitikern, Unternehmen, Betriebsräten und einer Vielzahl von Bürgern, vor allem auch mit jungen Menschen, gesprochen. Mein Eindruck ist, daß dort viel **Sachverstand** ist, der ortsnah und problemnah orientiert ist. Wir hatten schon 1979 gesagt, daß wir diesen Sachverstand bei der Entwicklung unserer Politik brauchen. Am »grünen Tisch« fallen keine guten Entscheidungen. Deshalb ist es gut, daß diese Überlegung von vielen von uns aufgegriffen worden ist.

Für einen Sozialdemokraten muß der Dialog mit den Bürgern die Selbstverständlichkeit gelebte Praxis sein.

Wer es noch nicht gemerkt hat, dem sei gesagt: wir leben in einer echten geistigen und politischen Krise.

Der hochindustrielle Optimismus hat seinen Höhepunkt überschritten und fängt seit geraumer Zeit an, einer neuen Nachdenklichkeit Platz zu machen und die Frage danach stellt, **wie wir in Zukunft leben wollen**. Wo darauf keine Antwort gegeben wird oder nur die Rezepte der Vergangenheit angeboten werden, entsteht Protest und der verzweifelte Ausbruch.

Der Gedankenkreis ist mit dem Begriff »Umweltschutz« nur unzureichend umschrieben. Sicher ist es richtig, daß wir unsere Gewässer wieder in Ordnung bringen müssen — auch ein europäisches Problem, wenn ich an unseren Nachbarn Frankreich denke und was der uns vorerst noch alles in den Rhein kippt. Über die Flexibilität von Abwasserplanungen habe hin und hin gesprochen.

Alles zusammengenommen heißt das, daß wir ein durchdachtes Programm zur **Sanierung des Rheins und seiner Nebenflüsse** haben müssen, denn Rheinland-Pfalz hängt am Flußsystem des Rheins. Auch mit Teilen seiner Trinkwasserversorgung!

Sicher ist es richtig, daß wir die **Luft reinhalten** müssen. Es wird geflissentlich übersehen, was sowohl bei Wasser als auch bei Luft schon durch die Gesetzgebung erreicht worden ist.

Dennoch wissen wir, daß vieles zu tun ist. Wir werden beispielsweise nicht nachlassen, bis wir erreicht haben, daß die sogenannten Emissionen z.B. im **Kraftwerk Bexbach** auf das technisch mögliche Maß herabgesetzt worden sind.

Sicher ist es richtig, die **Vielfalt unserer Arten an Tieren und Pflanzen** zu schützen, und sogenannte Biotope nicht zu opfern.

Sicher ist es auch wichtig, bei der Landwirtschaft nicht davon auszugehen, daß ihre Tätigkeit von sich aus schon Umweltschutz ist. Da gibt es Einwände, zu Recht.

Das alles ist wichtig genug, jedes für sich. **Aber viel Bedeutsamer ist der grundsätzliche Wandel, der sich im Internen vollzieht, zumindest anbahnt — und hier wäre es gut, wenn wir ohne Voreingenommenheiten, ohne Überheblichkeiten, ohne Arroganz der Macht offen miteinander reden könnten.** Denn vielfach ist es doch so, daß man besonders in der Politik an der Richtigkeit einer Aussage nur deshalb festhält, weil man sie einmal für richtig gehalten hat. Die Ängste von denen oft die Rede ist, sind ja keineswegs nur Ängste, um die individuelle Existenz, sie sind weit mehr Ängste als dumpfe Ahnungen, die aus der Bedrohung der Menschheit erwachsen.

Über den **Widerspruch von Hochrüstung und Hunger** habe ich gesprochen. An dieser Stelle geht es auch um die Ahnung, daß das Leben des ungehemmten Verbrauchs seinem Ende zugeht. Die Erkenntnis setzt sich durch, daß uns Natur und Materie heute zur Verfügung stehen, daß aber auch Natur und Materie nicht endgültig vernichtet werden dürfen. Wir wissen, daß der Raubbau an unseren natürlichen Rohstoffquellen dazu führt, daß Energie und Materie von einem verwendbaren Zustand immer mehr verwandelt werden in einen unverwendbaren, nicht mehr rückholbaren. Die Fortsetzung der hochindustrialisierten Verbrauchsgesellschaft wird zum Totentanz der Menschheit. Die visionären Bilder von George Grosz bekommen neue Wirklichkeiten.

Wenn wir ein Kapitel unseres Programmentwurfes überschrieben haben: **die heute lebende Generation hat eine große Verantwortung für die künftigen Generationen** — dann ist dieser Sachverhalt gemeint. **Die Erde ist endlich — und deshalb kann ihr Verbrauch nicht unendlich sein.** In einem solchen Zusammenhang bekommt Wachstum einen anderen Stellenwert. Die Bedeutung des qualitativen Wachstums nimmt zu.

Ein typisches Beispiel: Energiepolitik

Ein typisches Beispiel für diesen Wandel ist die Energiepolitik und die Einstellung zur Energieerzeugung.

1. Wir bleiben bei unserer Aussage, daß die auf lange Zeit ergiebigste Energiequelle aus dem **Energiesparen** kommt. Wir verbrauchen immer noch zu viel, und wir verbrauchen es auf Kosten der Benachteiligten von heute und der Bedrängten von morgen. Dem Erfindungsgeist und unserem technischen Vermögen sind hier noch viele Aufgaben zugewiesen.

Denn das sei an dieser Stelle auch eingefügt: mit Technikfeindlichkeit lösen wir weder unsere Probleme noch die der anderen, die auf unsere Hilfe warten.

2. Der **Vorrang der Kohle** bleibt, auch deshalb, weil meist schamhaft verschwiegen wird, daß gegenwärtig 33 Mio. Tonnen Kohle auf Halde liegen. Sie ist und bleibt auf lange Sicht unsere heimische Energiequelle Nr. 1. Daß die Verbrennung von fossilen Brennstoffen nicht unproblematisch ist, wissen wir. Der umweltschützende Fortschritt der Technologie hilft uns aber auch hier, wenn wir bereit sind, ihn voll anzuwenden. Kleinere Blockkraftwerke müssen insbesondere im Rahmen der Wärme-Kraft-Kopplung weiter erprobt werden.

Wir wollen **ein Energiesparprogramm für Rheinland-Pfalz**. Bei den öffentlichen Gebäuden würde sich ein solches Programm nach den Feststellung des Rechnungshofes Rheinland-Pfalz aus der ersparten Energie finanzieren. Genau das wäre qualitatives Wachstum. **Damit schaffen wir Arbeit im Handwerk und im Ausbaugewerbe** und zugleich günstigere Verbrauchsstrukturen und weniger Abhängigkeit für die Zukunft.

3. Sogenannte **alternative regenerative Energiequellen** wie Sonne und Wind bedürfen der organisierten Nutzung, soweit sie sich bei uns nutzen lassen. Dazu ist freilich auch erforderlich, daß diese kleineren Einheiten voll einbezogen werden in die Verbundnetze der Versorgungsunternehmen. Wir können es uns nicht leisten, auch nur eine Möglichkeit auszulassen, aus welchen Gründen auch immer. Es ist deshalb schon erstaunlich, daß die Landesregierung noch nicht einmal sagen kann, wieviel elektrische Leistung in den kleinen Wasserkraftwerken in den letzten Jahren stillgelegt wurde.
4. Das Anwendungsgebiet der **Kernspaltungstechnologie** bleibt begrenzt. Zu viele ungelöste Fragen verbinden sich damit. Deshalb werden wir Sozialdemokraten mit der gebotenen Vorsicht vorgehen, d. h.: das Kernkraftwerk Mülheim-Kärlich soll nach den Bestimmungen des atomrechtlichen Genehmigungsverfahrens weiter gebaut und unter Beachtung der Entsorgungsrichtlinien auch ans Netz gehen. Ich mache nur darauf aufmerksam, daß das Entsorgungsproblem noch nicht gelöst ist.

Weiteren Kernkraftwerken in Rheinland-Pfalz werden wir unsere Zustimmung versagen. Eine Förderung weiterer Atomkraftwerksstandorte stünde im Widerspruch zu unserer Grundaussage über den Vorrang für die Kohle. Eine Wiederaufbereitungsanlage wird es mit unserer Zustimmung nicht geben.

Ich habe unter erheblicher Kritik von anderer Seite, als die angeblichen Pläne der DWK bekannt wurden, gesagt: ich halte das alles für Spielmaterial. Was sich jetzt mit dem Standort Kaiseresch verbindet, macht ja wohl klar, daß diese Beurteilung richtig ist.

Abgesehen davon bleibt meine grundsätzliche Einstellung. Ich kann weder einen Bedarf dafür erkennen, noch scheint mir die Wirtschaftlichkeit gesichert, und die sicherheitstechnischen Probleme, die nicht nur mit der ungeklärten Endlagerung zusammenhängen, sind nach meiner Auffassung ganz und gar nicht gelöst. Es bleibt bei unserem Beschluß vom letzten Landesparteitag: wir lehnen eine solche Wiederaufbereitungsanlage ab.

Bildung sichert die Zukunft

Die Zukunft hält mehr als wirtschaftliche Probleme bereit. **Bildungspolitik hat für uns Sozialdemokraten einen besonderen Stellenwert. Das Recht auf Bildung ist für uns ein Menschenrecht.** Jeder soll die Bildung haben können, die er will und zu der er fähig ist, unabhängig von seiner Herkunft. Zum ersten Mal in der Geschichte hatten bei uns auch die Kinder aus Arbeiterfamilien und aus armen Familien einen vollen Zugang zum Bildungssystem. Unsere Bildungspolitik hat **gleiche Bildungschancen** erreicht. Die Hochschulen sind keine Eliteveranstaltung mehr. Das paßt den Konservativen nicht, und sie wollen deshalb das Rad zurückdrehen.

Bildung ist für uns ein individuelles Recht, aber Bildung ist auch eine nationale Notwendigkeit, denn unser Reichtum und die Sicherheit unserer Zukunft hängt ab von qualifizierten Menschen, qualifiziert durch Hand und Verstand.

Eine Grundlage gleicher Bildungschancen ist die **Unabhängigkeit der Bildungsmöglichkeiten von der sozialen Herkunft.** Deshalb zerstört die CDU die **Ausbildungsförderung.** Wir wollen nicht, daß in Familien mit geringen Einkommen wieder gerechnet werden muß, ob der Sohn oder die Tochter noch eine weiterführende Schule besuchen kann. Ob man es sich leisten

kann, daß mit Bildungsmöglichkeiten auch Geld ausgegeben wird, statt es in Arbeit für das Familieneinkommen zu verdienen.

Wer die Ausbildungsförderung zerstört, zerstört auch die finanziellen Grundlagen für gleiche Bildungschancen.

Gleiche Bildungschancen beginnen übrigens in den Kindergärten. Sie werden durch neue Bestimmungen der Landesregierung erheblich eingeschränkt. Wir wollen auch **gut ausgestattete Grundschulen**, die so ortsnah wie möglich eingerichtet sein sollen. Allerdings muß, von begründeten Ausnahmen abgesehen, gewährleistet bleiben, daß für einen Jahrgang auch eine Klasse zur Verfügung steht. Ein Zurück zur 1-klassigen Dorfschulidylle darf es nicht geben. 30 Kinder in einer Gruppe im Kindergarten sind genauso zu viel, wie 30 Kinder in einer Grundschulklasse. Auch wer 30 Kinder verschiedener Jahrgänge in eine Klasse der Grundschule steckt, verweigert Bildungschancen.

Die weiterführenden Schulen — **Hauptschule, Realschule, Gymnasium** — sind für uns grundsätzlich gleichrangig. Aber deshalb geben wir unser Ziel der Gesamtschule keineswegs auf. **Die Gesamtschule ist — vernünftig organisiert — immer noch die flexibelste aller denkbaren Schulformen.** Wir bleiben bei unserer Forderung, daß **10. Pflichtbildungsjahr** einzuführen.

Die berufsbildenden Schulen haben keinen geringeren Stellenwert als die Gymnasien. Es ist eine Schande, daß hierzulande in Rheinland-Pfalz immer noch an einigen Schulen bis zu 40 % des Unterrichts an Berufsschulen ausfallen. Wir sind nicht bereit, das hinzunehmen.

Nicht hinnehmen wollen wir auch, daß an weiterführenden beruflichen Schulen ein Numerus Clausus herrscht, viel schlimmer als an Universitäten. Wenn über 6.000 Bewerber für solche Schulen abgelehnt werden müssen, dann wird der Staat seiner Verpflichtung zur guten beruflichen Bildung nicht gerecht. Wo an den berufsbildenden Schulen Klassen in großer Zahl beurlaubt werden müssen, weil Lehrer oder Räume fehlen, wird berufliche Bildung verweigert. Wenn wir am Ende der 60er Jahre wegen der Situation an den Gymnasien und Universitäten

von einem Bildungsnotstand gesprochen haben, dann müssen wir solche Zustände heute um so energischer bekämpfen. Denn die Hälfte eines jeden Jahrganges ist auch heute noch auf Hauptschulen und Berufsschulen angewiesen.

Bildung und Ausbildung sind mehr als ihre berufliche Verwertbarkeit ausmacht. **Ohne befriedigende Berufschancen aber entsteht eine massive Enttäuschung.** Ein nicht geringer Teil des **Jugendprotestes** entsteht dadurch, daß junge Menschen das Gefühl haben, überhaupt nicht gebraucht zu werden. Sie fühlen sich innerhalb der Gesellschaft überflüssig und revoltieren gegen sie. Jeder mag zur Jugend stehen wie er will, und da gibt es auch abstruse Vorstellungen. Sie ist jedoch unsere Zukunft, wir haben keine andere. Wer die Vergangenheit zum Maßstab der Zukunft nimmt, diskreditiert auch die Vergangenheit. Wir haben gegenwärtig rund 12.000 jugendliche Arbeitslose. Noch 1979 in der Aussprache zur Regierungserklärung haben die Herren Geil und Wilhelm behauptet, Rheinland-Pfalz sei das einzige Land, das den Jugendlichen eine Ausbildungsgarantie gebe.

Angesichts der Lage sind solche Aussagen ein Hohn, der durch seine Unverfrorenheit zugleich die Glaubwürdigkeit der Politik berührt.

Der **Abbau der Jugendarbeitslosigkeit** wäre möglich

1. **durch weitere Plätze in beruflichen Vollzeitschulen;** hier könnten noch mindestens 2.000 Jugendliche eine berufliche Bildung erhalten, wenn
2. wir endlich bereit wären, **Mehrarbeit und Nebentätigkeit** zugunsten der Einstellung vor allem von Berufsschullehrern **abzubauen;**
3. **die Lehrwerkstätten bei den Berufsschulen** könnten verbessert und stärker genutzt werden;
4. stillgelegte Werkshallen oder Lehrwerkstätten bei Betrieben könnten für **überbetriebliche Ausbildung** vor allem in wirtschaftsschwachen Gebieten genutzt werden.

Wir sind, entgegen anderslautenden Ansichten, die mit Fleiß verbreitet werden, kein Gegner des sogenannten dualen Sy-

stems. Nur, jetzt steht das duale Ausbildungssystem vor seiner Bewährungsprobe. **Es steht nämlich nicht mehr und nicht weniger zur Debatte als die Frage, ob das Ausbildungssystem zum Bildungssystem gehört oder zum Wirtschaftssystem.**

Gehört es zum Wirtschaftssystem, ist die Ausbildung auch allen Schwankungen der Wirtschaft und ihrer Beliebigkeit ausgesetzt. Dann gibt es eben weniger Ausbildungsplätze, wenn es der Wirtschaft schlechter geht. Dann ist Ausbildung eine Funktion der jeweiligen Konjunktur. Damit möchte ich mich nicht abfinden, und ich möchte den Sozialdemokraten oder den Gewerkschafter sehen, der sich mit einer solchen Aussicht arrangiert. Wenn aber das berufliche Ausbildungssystem zum Bildungssystem gehört, gibt es ein Recht darauf, auch Ausbildung zu erhalten.



Nicht unbedingt die, die man sich wünscht, aber wenigstens eine qualifizierte Ausbildung. Wir bestehen darauf, um der eigenen Rationalität des Ausbildungssystems willen, daß das **Umlagesystem auf der Tagesordnung** bleibt. Diejenigen, die ihre Ausbildungsaufgabe ernst nehmen, haben davon nichts zu befürchten. Aber es kann und darf nicht hingenommen werden, daß die einen ausbilden und die anderen davon profitieren.

Auch hier wird deutlich, daß der politische Streit nicht über die Frage geführt wird, ob investiert wird, oder ob Wachstum erreicht werden kann, sondern ausschließlich um die Frage, mit welchen Zielen und mit welchen Schwerpunkten wir investieren sollten.

Die Gesellschaft lebt durch Kommunikation und Information

Wir wollen investieren in eine menschliche Zukunft, in Umweltschutz und Ausbildung investieren, statt die Menschen mit Kabeln zu überziehen und mit immer mehr Fernsehprogrammen von der Wirklichkeit abzulenken.

Das Kabel selbst ist nur ein technisches Mittel. Wie dieses Mittel genutzt wird, entscheidet die Politik.

Die Absichten der CDU sind klar: seit über 20 Jahren, seit Konrad Adenauer 1961 versuchte, ein eigenes Fernsehen einzuführen, strebt die CDU nach mehr Einfluß in Funk und Fernsehen. Heute will sie die **Kabelkommunikation** nutzen, um das öffentlich-rechtliche Rundfunksystem aufzubrechen und statt dessen kommerzielles Fernsehen einzuführen.

Dabei verfährt die CDU immer nach dem gleichen System: **sie sagt Freiheit und meint den eigenen Einfluß; sie redet von Vielfalt und meint die politische Botmäßigkeit.**

Deshalb lehnen wir das Kabelprojekt in Ludwigshafen, so wie es die CDU geplant hat, ab.

Die SPD steht für

- eine Medienpolitik, die die Informationsfreiheit und Meinungsvielfalt garantiert. **Deshalb wollen wir das pluralistische öffentlich-rechtliche Rundfunksystem bewahren;**
- eine Medienpolitik, die die Zusammenballung von Meinungsmacht verhindert. **Deshalb sind wir gegen eine Beteiligung der Verleger an diesen Medien,** gegen eine Beteiligung derjenigen, die schon heute zu großen Einfluß auf die öffentliche Meinungsbildung haben.

Die bevorstehende Elefantenhochzeit von Springer und Burda bringt uns neue Gefahren, denen die jetzige Bundesregierung nicht widerstehen wird.

Kurz: es geht um eine Medienpolitik, die aus technischem Fortschritt auch sozialen Fortschritt macht.

In dieser Weise wollen wir die neuen Informations- und Kommunikationstechniken nutzen.

Die technische Entwicklung der Kabelkommunikation, ganz besonders die Entwicklung in der **Glasfasertechnik, wird es in Zukunft möglich machen, das bekannte Telefonnetz so auszubauen, daß sich für jeden Teilnehmer ganz neue Nutzungsformen eröffnen. Wer Lust hat, wird im späteren Glasfasernetz der Zukunft mit seinen Verwandten »bildfernsprechen« können; er wird sich den Brockhaus aus der Informationszentrale abrufen können oder mit seinem Hamburger Brieffreund Schach spielen können.**

Diese Chancen der Kabelkommunikation für persönliche Aktivitäten und Initiativen sollten wir nutzen. Dieses Netz bietet auch für die Industrie Innovationsanstöße und wird unter wirtschaftlichen Aspekten als äußerst zukunftsweisend beurteilt.

Wenn dagegen die CDU ihre Verkabelungsforderungen stellt, so denkt sie dabei weder an aktive Möglichkeiten für den Teilnehmer noch an Investitionsanreize für die Industrie: Sie will ein Netz ausbauen, das uns lediglich die Berieselung mit zusätzli-

chen Fernsehprogrammen beschert, um endlich ihre Kommerzfunkspläne durchzusetzen. Dafür sind öffentliche Mittel zu schade!

Neue Technik sozial beherrschen

Aber unabhängig davon, ob und wann ein Glasfasernetz mit neuen Nutzungsmöglichkeiten das bekannte Telefonnetz ablösen wird, werden neue Informations- und Kommunikationstechniken, wird die **Mikroelektronik** in viele Lebensbereiche eingreifen können.

Erstes Beispiel: **Arbeitsplätze**

Die Prognosen darüber, in welchem Maße Arbeitsplätze verloren gehen werden, klaffen weit auseinander: zusätzliche Arbeitsplätze werden vor allem bei den Herstellern, z. B. von Informations- und Nachrichtentechniken oder in der Raumfahrtindustrie erwartet; dagegen wird die Anwendung von Informations- und Kommunikationstechniken, z. B. bei Handel, Banken oder Versicherungen und ganz allgemein in den Büroberufen zu Arbeitsplatzverlusten führen. Sachbearbeiter und Sekretärinnen werden schlicht wegrationalisiert. Ihre Aufgaben können von Tisch- oder Bürocomputern über Bildschirmsysteme und Textverarbeitungsanlagen übernommen werden. Ganz überwiegend werden traditionelle Frauenberufe betroffen sein. Man muß sich das merken: denn in Rheinland-Pfalz arbeiten allein in den Organisations- und Dienstleistungsberufen rund 250 000 Menschen, davon sind über 150 000 Frauen! **Umso dringlicher muß von uns die Forderung der Gewerkschaften nach Arbeitszeitverkürzung unterstützt werden.**

Zweites Beispiel: **Qualität der Arbeitsplätze**

Tischcomputer und Datenterminals können die Arbeitsplätze und -inhalte wesentlich verändern. So können Arbeitsabläufe

willkürlich zerrissen werden: die einen erfassen die Daten, die anderen werten sie aus und die dritten treffen die Entscheidungen. Die Folgen sind dann Dequalifizierung von Arbeitsplätzen und Abgruppierung der Beschäftigten.

Andererseits besteht auch die Möglichkeit, mit Hilfe der neuen Techniken verschiedene Tätigkeiten an einem einzigen Arbeitsplatz zusammenzuführen. **Wir unterstützen deshalb die Forderung der Gewerkschaften, die betriebliche Mitbestimmung zu erweitern, und das nicht nur für diesen Fall.**

Der Einsatz der neuen Techniken darf nicht nur unternehmerischen Kalkül unterliegen; die Arbeitnehmer haben Anspruch darauf, daß die Informations- und Kommunikationstechniken so eingesetzt werden, daß die Qualität ihre Arbeitsplätze verbessert, mindestens aber erhalten bleibt.

Drittes Beispiel: **Personalinformationssysteme**

Viele Bürger aus Rheinland-Pfalz pendeln ins benachbarte Hessen und kennen die Auseinandersetzungen um das Personalinformationssystem PAISY bei Opel.

Die SPD will die Verarbeitung ganzer Belegschaften zu gläsernen Menschen nicht hinnehmen. Die Verknüpfung von Daten zu Persönlichkeitsprofilen berührt die Menschenwürde und Persönlichkeitsrechte der Arbeitnehmer.

Wir brauchen deshalb besondere Gesetzesbestimmungen für die betriebliche Verarbeitung der Arbeitnehmerdaten. Wir müssen dem Mißbrauch einen Riegel vorschieben.

Wir müssen sorgfältig abwägen, welche Nutzungen uns sinnvoll und vertretbar erscheinen.

Also: **Mitbestimmung bei der Einführung neuer Techniken. Mitbestimmung der Arbeitnehmer auch da, wo politische Entscheidungen über Strukturpolitik, Subventionen und Bürgerschaften in die Arbeitswelt eingreifen. Denn Mitbestimmung ist das Wesen der Demokratie – und warum soll die vor der Arbeitswelt haltmachen?**

Das Landeswahlprogramm wird ergänzt

Das Landeswahlprogramm wäre sicherlich an einer ganzen Reihe von Stellen zu interpretieren und zu ergänzen. Ich weise darauf hin, daß wir unser Versprechen noch einzulösen haben, mit Einzelprogrammen das Gesamtprogramm auszufüllen. Mittlerweile liegen die Programme zur Kommunalpolitik, zur Politik für Frauen und zum Umweltschutz vor. Sie werden zur Zeit gedruckt. Diese Programme zu Einzelthemen sind eine Einladung, sich mitarbeitend, anregend, formulierend zu beteiligen. Weitere Programme werden folgen. Themen sind dabei u. a. die Bildungspolitik, Ausbildungsfragen, die Energiepolitik oder die Sozialpolitik. Auf diese Weise wollen wir eine breite und offene Diskussion erreichen.

Unsere Politik ist aus einem Guß. Sie verbindet die verschiedenen staatlichen und gemeindlichen Ebenen miteinander. Sie will Rheinland-Pfalz eine freie, menschliche und gerechte Zukunft sichern. Sie will möglichst vielen Bürgern Sicherheit geben, ihre Phantasie und ihr Engagement im Interesse aller nutzen. Sie will den Gemeinden Freiraum für demokratische Selbstverwaltung schaffen. Das ist die Grundlage der Demokratie. Wir wollen mitwirken an der Politik im Bund, damit der Frieden aktiv gesichert, die Arbeitslosigkeit bekämpft wird und soziale Gerechtigkeit erhalten bleibt.

Der Bundesrat — ein schillerndes Organ

Wohl wahr: der Bundesrat ist eines der schillerndsten Organe unserer Verfassung geworden. **Die Vertretung der Länder wurde zur Magd der CDU/CSU.** Ich habe früher einen anderen Ausdruck gewählt, der freilich etwas schärfer ist, aber auch die Sache besser trifft. Doch die zart besaiteten Seelen nicht nur der rheinland-pfälzischen SPD sind offensichtlich jeder zugespitzten Formulierung abhold. Dennoch wird man mich nicht soweit domestizieren können, daß ich nur noch auf Samtpfoten einherlaufe — die Krallen bleiben draußen. Wie sehr der Bundesrat denaturiert ist als Parteiorgan, zeigt allein die Tatsache, daß das, was zur Zeit der sozial-liberalen Koalition für unannehmbar und in der Sache für verheerend gehalten worden ist, nun plötzlich als politisch unverzichtbar und vernünftig angesehen und befürwortet wird.

War noch vor kurzem die Verschiebung der **Besoldungsanpassung** für Beamte um drei Monate ein unerträgliches Sonderopfer, das den Beamten nicht zugemutet werden konnte — jetzt ist die Festschreibung des Anpassungssatzes auf 2 % und für mehrere Jahre ohne Berücksichtigung des Tarifergebnisses natürlich kein Sonderopfer, sondern die Linie der Vernunft.

Das Wachsfikurenkabinett in Mainz samt der CDU-Mehrheit des Landtages hat Anfang dieses Jahres noch beschlossen, die Erhöhung der **Mehrwertsteuer** sei ökonomisch und finanzpolitisch falsch und müsse deshalb abgelehnt werden. Jetzt ist die Mehrwertsteuererhöhung in einer erstaunlichen Metamorphose zu einem sinnvollen Instrument geworden.

Vor kurzem wurde noch die Mehrwertsteuererhöhung als eine Schädigung der **Gemeindefinanzen** denunziert. Jetzt wird diese Schädigung wirklich eintreten durch eine ins Auge gefaßte Senkung der Gewerbesteuer.

Zu Anfang dieses Jahres war die Einstellung des Bundesbankgewinns in Höhe von 10 Mrd. DM für den Haushalt des Bundes

noch eine Ausräubung der Bundesbank. Jetzt wird ein noch höherer **Bundesbankgewinn** für den Bundeshaushalt eingestellt und die CDU feiert dies als sinnvolle Maßnahme.

Noch vor wenigen Tagen war die **Kreditaufnahme** des Staates ein Teufelswerk und ein ganz und gar unseriöses Unternehmen der Sozis, die ja in der christdemokratischen Propaganda mit Geld nicht umgehen können.

Heute wird eine noch wesentlich höhere Kreditaufnahme vorgesehen und als richtige und kluge Maßnahme angesehen.

Wir kritisieren das nicht in der Sache, weil beispielsweise schlechtere Steuereinnahmen durch eine lahrende Konjunktur nach einem schon in der Großen Koalition beschlossenen Gesetz durch Kredit ausgeglichen werden sollen.

Was sollten wir in der Sache dagegen einwenden, wenn solche Instrumente auch von der CDU/CSU angewendet werden? **Was wir aber scharf kritisieren müssen, ist die hemmungslose Propaganda der Vergangenheit und die totale politische Unglaubwürdigkeit der Gegenwart.** Die Gehirne haben sich bei den Konservativen gewandelt. Plötzlich entdecken auch sie die internationale Abhängigkeit der Bundesrepublik Deutschland — die nationalen Kraftsprüche werden saftloser.

Konservative Bonner Rezepte — Anderswo verheerend gescheitert

Das Rezept der jetzigen Bundesregierung ist anderwärts schon mit verheerenden Ergebnissen angewendet worden. Wir sind unseren eigenen Weg einer abgewogenen Mitte gegangen und das heißt: in Zeiten, die schwerer geworden sind, müssen alle mittragen, so viel sie zu tragen imstande sind.

Dazu sagen wir Ja! Die notwendigen Einsparungen ausschließlich auf den Schultern der Schwächeren abladen. **Dazu sagen wir Nein!**



Der neue, unter erschwerten Verhältnissen zu suchende soziale Konsens darf nicht einseitig verladen werden und muß vermeiden, daß einzelne Gruppen die Lastesel der nationalen Bürde werden, während andere sie am Zügel führen. Das hat nichts mit geistiger Führung zu tun: Sozialhilfe einschränken, BaFÖG streichen, Wohngeld kürzen, Mieten heraufsetzen, Selbstbeteiligung beim Krankenhausaufenthalt. Dazu sagen wir Nein!

Der Mißbrauch der gesetzlichen Aufgabe, die Beamtengehälter festzusetzen, zur Verordnung von **Lohnleitlinien**. **Dazu sagen wir Nein!** Wir sagen **Ja zur vollständigen Tarifhoheit in der Verantwortung der Tarifpartner**.

Ohne verantwortungsbewußte Gewerkschaften, ohne das Engagement vieler tausend Menschen in Betriebsräten, Tarifkommissionen und Gewerkschaften hätten wir den sozialen Frieden nicht so sichern können, wie in der Vergangenheit. **Deshalb gilt unser Respekt und unsere Anerkennung den Arbeitnehmern, den Betriebsräten und den Gewerkschaften — und genau deshalb wollen wir auch Mitbestimmung über das Personalvertretungsrecht, in den Planungsgremien oder bei der Vergabe von Subventionen. Dazu sagen wir Ja! Lohnpause. Dazu sagen wir Nein!**

Die versimpelte Scheinlogik stimmt nicht. Weniger Lohnkosten — Unternehmen haben mehr Geld — dieses Geld investieren sie — dadurch entstehen mehr Arbeitsplätze — und weg ist die Arbeitslosigkeit. Das ist der scheinlogische konservative Kreislauf, der gleich an mehreren Stellen unschlüssig ist, falsch ist. **Dazu sagen wir Nein.** Wir sagen **Ja zu einer Politik, die Angebot und Nachfrage, Investitionen und Lohn, Leistung und soziale Gerechtigkeit in ein vernünftiges Verhältnis bringt.**

Wir haben eine große Verantwortung für die Zukunft der nachkommenden Generationen. Diese Zukunft ist heute zu gestalten. Und **dazu sagen wir Ja.** Es ist besser, älteren Menschen früher die Möglichkeit zu geben, aus dem Arbeitsleben auszuscheiden, als junge Menschen ihr Arbeitsleben mit der Arbeitslosigkeit beginnen zu lassen. **Das ist eine konkrete Ausprägung des Begriffs der Solidarität.**

Früher mußte der Mensch sich schützen vor den Naturgewalten, heute haben wir im hohen Maße die Natur vor dem Menschen, deren Teil er ist, zu schützen.

Wir müssen die Kommunen, die Gemeinden, die Städte, in denen der Mensch Demokratie unmittelbar erlebt und gestaltet, in ihrer Integrationskraft stärken.

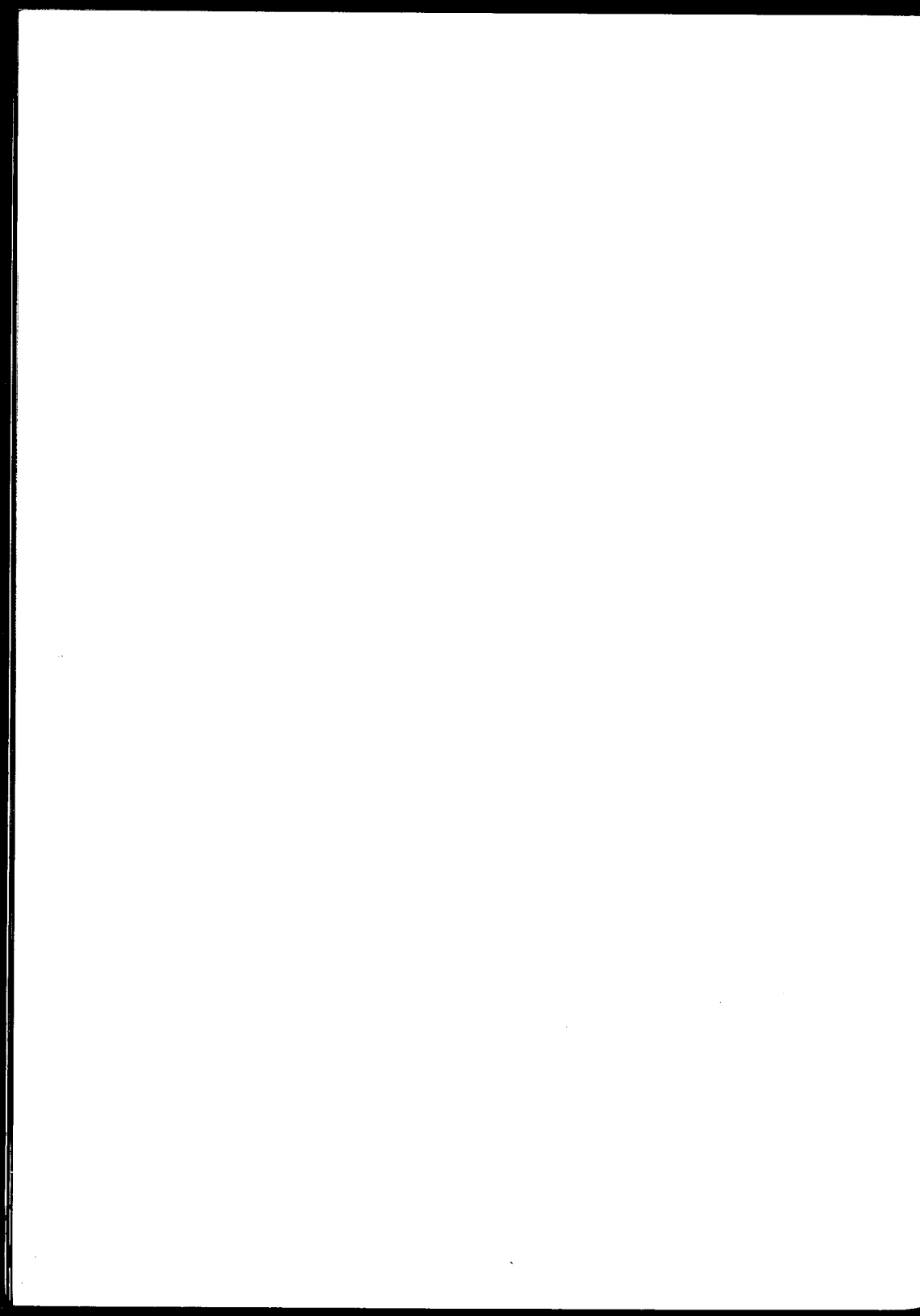
Wir haben eine gute Chance, unser Wahlziel zu erreichen. Ich habe Rose Götte, Werner Klein, Hans Schweitzer, Willi Rothley

und Rudolf Scharping gebeten, mit mir gemeinsam die Wahlkampfmannschaft für die kommenden Landtagswahlen zu bilden. Ich danke der jetzt genannten Genossin und den Genossen für ihre Bereitschaft, sich zur Verfügung zu stellen.

Alle anderen aber, Kandidaten, Mitglieder, Wähler bitte ich, mit aller Kraft mitzuhelfen, die jetztige selbstzufriedene, arrogante, selbtherrliche Regierung dieses Landes abzulösen.

Inhalt

Landtagswahlprogramm	Seite 4 – 32
Rede zum Landesparteitag von Hugo Brandt, MdB	Seite 36 – 66



**Unser
Landtagswahlprogramm
ist ein Programm
von Bürgern für Bürger.**